

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat inkl. Fringerlohn 60 Pfg., bei Selbstabholung 50 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Fringerlohn 75 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4841) vierteljährlich 1.80 Mk., für 2 Monate 1.20 Mk., für 1 Monat 9 Pfg. exkl. Postgeb.

Chefredaktion:  
**Dr. Bruno Schoenlank.**

Inserate werden die 5 gespaltene Feilzeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. Vereinsanzeigen 15 Pfg. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition aufgegeben sein. — Aufgebende Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 6. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6, part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

## Sozialistische Selbstkritik.

\* Leipzig, 9. Februar.

In der Neuen Zeit hat Eduard Bernstein kürzlich zwei Aufsätze über „den Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft“ veröffentlicht, die sowohl in der bürgerlichen wie in der sozialistischen Presse ziemlichen Staub aufgewirbelt haben. Mehr um dieser Thatsache, als um der Aufsätze selbst willen möchten wir einige Bemerkungen zu ihnen machen. Nicht als ob wir Bernsteins Arbeit irgendwie mißachteten! Sie ist reich an treffenden oder mindestens anregenden Bemerkungen, wie wir denn die Selbstkritik des Sozialismus, die Bernstein nicht erst in diesen Aufsätzen, sondern schon seit längerer Zeit begonnen hat, für eine ganz nützliche Sache halten. Aber eine politische Tageszeitung ist nicht der Ort, solche Fragen auszutragen. Sie hat es, wenigstens in erster Reihe, mit der praktischen Politik zu thun, und nur soweit die Aufsätze Bernsteins in die praktische Politik eingegriffen haben oder eingreifen könnten, wollen wir uns darüber äußern.

Es handelt sich etwa um folgende Sätze Bernsteins: „Wenn man unter der Wirklichkeit des Sozialismus die Errichtung einer in allen Punkten streng kommunistisch geregelten Gesellschaft versteht, so trage ich kein Bedenken zu erklären, daß mir dieselbe noch in ziemlich weiter Ferne zu liegen scheint. . . Ich gestehe es offen, ich habe für das, was man gemeinhin unter „Endziel des Sozialismus“ versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles. Und unter der Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d. h. den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Verwirklichung dieses Fortschritts. Die Sozialdemokratie hat also danach den baldigen Zusammenbruch des bestehenden Wirtschaftssystems, wenn es als Produkt einer großen, verheerenden Geschäftskrisis gedacht wird, weder zu gewärtigen noch zu wünschen.“ Und weshalb sie ihn nicht zu wünschen hat, sagt Bernstein an einer anderen Stelle seiner Aufsätze mit den Worten: „Sie könnte den Kapitalismus nicht wegretieren, ja ihn nicht einmal entbehren, und sie könnte auf der anderen Seite ihm nicht diejenige Sicherheit gewähren, die er bedarf, um seine Funktion zu erfüllen. In diesem Widerspruch würde sie sich unrettbar aufreiben, und das Endziel könnte nur eine kolossale Niederlage sein.“ Bernstein eruft sich für diese Ansicht auch auf die französische Februarrevolution, in der die provisorische Regierung auch daran

geschickert sei, sozialistische Forderungen in einer Gesellschaft durchzusetzen, die nur erst unter kapitalistischen Lebensbedingungen habe existieren können.

Indem wir diese Sätze wiedergeben, fügen wir sofort hinzu, daß sie aus dem ganzen Zusammenhange gerissen sind und in ihrer Abgerissenheit ein schlechtes Bild von Bernsteins Gesamtaufassung geben. Aber eben an diesen abgerissenen Citaten hat sich der praktisch-politische Streit entsponnen, den wir hier beleuchten möchten. Die bürgerliche Presse, von der Frankfurter Zeitung bis zum Reichsboten, greift, ohne irgend auf den Gedankengang Bernsteins einzugehen, eben jene Sätze auf, nur um ein fürchterliches Geschrei darüber zu erheben, daß „einer der wenigen Vertreter des wissenschaftlichen Sozialismus“ die Flinte ins Korn geworfen und die „Endziele“ des Sozialismus preisgegeben habe. Dadurch gereizt, machen manche sozialdemokratische Blätter gegen Bernstein Front; sie werfen ihm vor, daß er der sozialdemokratischen Wahlagitation einen Knüppel zwischen die Beine geworfen habe, ja daß er von seiner Vergangenheit und dem Programm der Partei abgefallen sei.

Was nun diesen härteren Vorwurf anbelangt, so ist er offenbar haltlos. Alles, was Bernstein ausführt, bewegt sich im Rahmen des kommunistischen Manifestes und des Erfurter Programms, vorausgesetzt natürlich, daß man es in seinem gesamten Zusammenhange auffaßt und nicht bloß einzelne Sätze herausgreift. Man braucht Bernsteins Ansichten nicht zuzustimmen, und wir stimmen ihnen auch nur teilweise zu, aber den Spielraum verengen wollen, den Bernstein für seine theoretischen Auseinandersetzungen beansprucht, hieße die geistige Entwicklung der Partei gefährden. Von dem gelinderen Vorwurfe aber, der sozialdemokratischen Wahlagitation einen Knüppel zwischen die Beine geworfen zu haben, wird Bernstein nicht völlig freizusprechen sein. Was er zu sagen hatte, hätte er sehr wohl sagen können, ohne seine Darstellung zu jenen scharf pointierten und sehr leicht mißverständlichen Sätzen zuzuspitzen, die der bürgerlichen Presse so helle Freude machen. Man braucht ja auch darin kein großes Unglück zu sehen, aber solch alter Praktikus wie Bernstein hätte wohl voraussehen können, daß die kapitalistischen Ledermäuler diese Rosinen aus seinem Kuchen naschen würden. Bernsteins wirklicher Fehler besteht darin, daß er unter dem Eindrucke englischer Verhältnisse sowohl den Anstand wie die Vernunft der Gegner überschätzt hat, mit denen die deutsche Sozialdemokratie zu kämpfen hat, ähnlich wie bei der ja auch von ihm zuerst angeregten Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen, an der die Partei bisher

wenig Freude gehabt hat, und, wie wir fürchten, auch fernerhin wenig Freude haben wird.

Wenn wir nun näher auf jene Sätze Bernsteins ein, so enthalten sie zum größeren Teile ganz selbstverständliche Dinge. Daß die politische Herrschaft des Proletariats nicht eher möglich ist, als bis die realen Vorbedingungen dieser Herrschaft vorhanden sind, gehört zu den Grundgedanken des kommunistischen Manifestes und ist längst in Fleisch und Blut der deutschen Sozialdemokratie übergegangen, die eben deshalb auf alle Barricadentaktik verzichtet hat. Und schwerlich bilden sich zahlreiche Parteigenossen ein, daß die kapitalistische Gesellschaft „in einer großen verheerenden Geschäftskrisis“, etwa am 20. Februar des Jahres x, zusammenbrechen und dann am 1. März die „streng kommunistisch geregelte Gesellschaft“ einsetzen werde; jedenfalls steht eine so ganz unhistorische Auffassung in unverföhllichem Widerspruch mit den Anschauungen von Marx und Engels. Eher ließen sich einzelne Sätze dieser Art immer dafür anführen, daß die kommunistische Gesellschaft nicht in „ziemlich weiter“, sondern in ziemlich naher Ferne liege. Aber auch darüber hat Albert Lange schon vor ein paar Jahrzehnten die treffende Bemerkung gemacht: es sei gewöhnlich das Schicksal bahnbrechender Denker, die Länge neuer Bahnen zu unterschätzen, weil sie ihre Richtung und ihr Ziel klar vor Augen hätten. Lassalle, der ökonomisch weniger klar sah als Marx und Engels, ist dieser Schwäche weniger unterlegen; er meint, die kommunistische Gesellschaft, die jeden Zeugen kapitalistischer Bedürftigkeit ausgestoßen habe, werde erst in 100 bis 200 Jahren in einer Reihe großer Etappen erreicht werden. Und wenn Bernstein meint, er habe für dieses Endziel des Sozialismus außerordentlich wenig Sinn und Interesse, so steht er auch nur offene Thüren ein; die Ansicht, daß die Begeisterung für den „Zukunftstaat“ die Sozialdemokratie erzeugt habe, ist bisher das Vorrecht des Herrn Eugen Richter und ähnlicher kapitalistischer Denker gewesen, die von der revolutionären Arbeiterbewegung so viel verstehen, wie der Bauer vom Gurkensalat.

Wirklich bedenklich oder wenigstens sehr mißverständlich wird die ganze Deduktion Bernsteins aber durch den Satz: „Dieses Ziel, was immer es sei, ist mir gar nichts, die Bewegung alles. Und unter Bewegung verstehe ich sowohl die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, das heißt den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirtschaftliche Agitation und Organisation zur Verwirklichung dieses Fortschritts.“ So wie dieser Satz dasteht, kann er von jedem bürgerlichen Winkelformer unterschrieben werden, und in Verbindung mit jenen anderen, an sich ganz unverfänglichen

## Seuilleton.

Abdruck verboten.

### Zwei Brüder.

Von Guy de Maupassant.

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Emmy Becker.

„In welchem Jahre war's denn, Luise, Du kannst es ja nicht vergessen haben, Du, mit Deinem guten Gedächtnis? Daß mich sehen . . . es war . . . im Jahre . . . fünf- oder sechsundfünfzig, nicht? So besinne Dich doch . . . Du mußt es ja besser wissen als ich.“

Sie dachte in der That eine Weile nach und erwiderte dann, vollkommen ruhig, mit sicherer Stimme: „Im Jahre achtundfünfzig ist's gewesen, Alter. Peter war damals drei Jahre. Ich kann es deshalb mit Sicherheit nachrechnen, weil es in demselben Jahre war, da der Junge das Scharlachfieber hatte und Marschall, den wir noch kaum kannten, uns so hilfsreich beistand.“

„Natürlich, so ist's!“ rief Roland. „Ja freilich, freilich! Während ich der Mann gewesen! Deine Mutter konnte sich vor Ueberanstrengung und Sorge nicht mehr auf den Füßen halten, ich war festgenagelt im Laden, da rannte er immer in die Apotheke, um Deine Arzneien zu holen. Ein Herz wie Gold, wahrhaftig! Und die Freunde, als Du wieder gesund warst, wie er Dich da küßte! Von der Zeit ab waren wir Freunde, und zwar von Herzen.“

Schonungslos und unaufhaltsam wie eine Kugel, die alles zerfehrt und durchlöchert, drängte sich Peter der Gedanke auf: „Wenn er mich zuerst gekannt, sich für mich geopfert, mich lieb gehabt und geküßt hat, wenn ich also die eigentliche

Veranlassung gewesen bin, daß er den Eltern näher getreten, weshalb hat er dann sein ganzes Vermögen meinem Bruder hinterlassen, und mir keinen Heller?“

Er stellte keine Fragen mehr und blieb ernst und finster, mehr geistesabwesend und innerlich beschäftigt als nachdenklich, eine neue, noch gestaltlose Sorge, den Keim kommenden Uebels in sich bergend.

Nach Tisch ging er sofort wieder aus und nahm sein Umherstreifen in den Straßen von neuem auf. Die Nacht war durch den Nebel, welcher Häuser, Plätze und Menschen umfing, undurchsichtig düster, die Luft schwer und widerlich, wie wenn ein verpesteter Hauch über der Erde läge. Ueber den Gasflammen sah man den schwärzlichen Dunst zittern, und zuweilen sah er die Oberhand gewinnen zu wollen und sie zu verlöschen.

Das Straßenpflaster war so schlüpfrig wie bei Glatteis, und alles, was sich an schlechten Gerüchen in der Tiefe der Häuser fand, schien sich hervorzuwagen; aus Kellern, Gruben, Kloaken und arbeitsigen Klüften des armen Volkes drangen häßliche Dünste, die sich zu dem abscheulichen Geruch des Nebels gesellten.

Den Rücken gebeugt, die Hände in den Taschen, trat Peter, der die Kälte auf die Länge unerträglich fand, bei Marowsko ein.

Der alte Apotheker schlummerte, wie immer, unter seiner einsamen, tief herabgeschraubten Gaslampe, die das Wachen für ihn besorgen mußte. Als er Peter erkannte, dem er zugethan war wie ein treuer Hund, schüttelte er die Schlüfrigkeit ab und holte eilends zwei Gläser und den rubinroten „Johannisgeist“.

„Nun,“ fragte der Doktor, „wie weit haben Sie es mit dem Gebrauh gebracht?“

Der Pole setzte weitläufig auseinander, daß vier der

besuchtesten Cafés in der Stadt den Liqueur zu führen versprochen hatten, und daß der „Leuchtturm“ und der „Rüsten-Telegraph“ Reklame für denselben machen werden, für welchen Dienst er den Herren Redakteuren pharmaceutische Produkte zur Verfügung gestellt habe.

Nach längerem Schweigen fragte Marowsko, ob Hans denn wirklich in den Besitz seines Vermögens getreten sei, und that dann noch drei oder vier nicht sehr eingehende Fragen über diesen Gegenstand.

Seine scheue Verehrung und Hingebung für den Doktor empörte sich gegen die Parteilichkeit, und Peter las in den abgewandten Blicken, ahnte, verstand, hörte aus dem unsicheren Ton der Stimme alles, was sich dem alten Manne wohl auf die Lippen drängen mochte, was er aber, vorsichtig, schüchtern und ängstlich wie er war, nicht aussprach und nimmermehr ausgesprochen hätte.

Jetzt zweifelte er nicht mehr, er wußte, daß der Alte im Stillen dachte: „Du hättest Deinen Bruder diese Erbschaft, die Deine Mutter ins Gerede bringen muß, nicht antreten lassen sollen. Vielleicht glaubte er auch, daß Hans Marschalls Sohn sei. Vielleicht? Nein, ganz gewiß glaubte er es. Und weshalb denn nicht, da ihm die Sache ja so wahrscheinlich, nahelegend erscheinen mußte? Kämpfte denn er, Peter, der eigene Sohn, nicht mit aller Kraft, mit jeder Faser seines Herzens gegen diesen abscheulichen Verdacht, that er nicht alles, um seine eigene Vernunft zu hintergehen?“

Von neuem ergriff ihn das Bedürfnis, allein zu sein, sich zu sammeln, mit sich selbst auseinanderzusetzen, ohne Schwachheit, ohne Bedenken diese grauenhafte Möglichkeit klar ins Auge zu fassen; mit solcher Gewalt machte sich dies Verlangen geltend, daß er, ohne sein Liqueurglas auszurinken

Sagen gewinnt es allerdings den Anschein, als ob Bernstein mit dem wissenschaftlichen Kommunismus brechen wolle. Wir wiederholen noch einmal, daß, wer seine ganzen Ausführungen sachlich prüft, diese Annahme ablehnen wird, aber da Bernsteins pointiert-mißverständliche Sätze gegen die Sozialdemokratie ausgebeutet werden, so wollen wir noch die Fragen prüfen, was denn das sozialistische Endziel sei und ob es für die kämpfende Arbeiterklasse nichts sein dürfte oder nicht vielmehr alles sein müsse.

### Politische Uebersicht.

#### Partei-Verhältnisse im englischen Unterhause.

Aus London schreibt uns unser E-Korrespondent vom 7. Februar: Da morgen die Tagung des Parlaments anfangt, ist es von einigem Interesse, über die Stärke der Parteien im Unterhause Aufschluß zu geben. Das englische Haus der Gemeinen besteht aus 670 Mitgliedern. Die Regierung stützt sich auf zwei Gruppen, die Tories oder Konservativen, die 338 Mann zählen, also drei mehr als die Hälfte des Unterhauses ausmacht, und auf 68 sog. liberale Unionisten unter der Gefolgschaft des Herzogs von Devonshire und des Herrn Chamberlain. Die Regierung verfügt daher über ein Mehr von 142 Stimmen. Die liberale Opposition zerfällt ihrerseits in drei Gruppen. 182 Liberale folgen der Leitung des Sir William Harcourt. Zu den Liberalen rechnet man noch 70 irische Nationalisten, die John Dillon als Leiter anerkennen, und 12 Parnelliten unter Redmond. Es ist aber keineswegs ausgemacht, daß Parnelliten und Nationalisten zusammengehen. Seit die liberale Partei irische Homoneale aus dem Programm gestrichen hat, ist zwischen ihr und den irischen Fraktionen eine befeindliche Kluft eingetreten.

Von ganz besonderem Interesse sind jedoch die Beziehungen zwischen den Konservativen und den Unionisten der Regierungspartei. Hier ist bemerkenswert, daß alle von der Regierungspartei erlittenen Niederlagen auf Rechnung der Unionisten kommen und die Konservativen sogar auf Kosten ihrer Bundesgenossen stärker geworden sind. Der neue Vertreter für St. Stephens Green in Dublin nennt sich konservativ, früher war er Unionist. Herr Chamberlain sucht sein Hauslein am Zusammenschmelzen zu verhindern. In Wolverhampton ist es ihm gelungen, das Mandat des Herrn Williers mit knapper Not seiner Fraktion zu retten. Der Einfluss des Großindustriellen Sir A. Midman, der seine Arbeiter durch Einschüchterung auf Seite der Unionisten trieb, hat mehr noch als Chamberlains Empfehlung den Ausschlag zu Gunsten des reichen Herrn Gibbons gegeben.

Mittlerweile ist aber in Birmingham selbst, dem Mecca des Unionismus, wo Herr Chamberlain als Prophet bisher schaltete und waltete, eine arlige Fäulnis ausgebrochen über den durch Dignos Tod erledigten Sir in Edgbaston. Die Konservativen verlangen nämlich, daß man ihnen in Erfüllung eines vor drei Jahren gegebenen Versprechens dieses Mandat ausliefern. Herr Chamberlain hat sein Mandat zu Gunsten des konservativen Kandidaten Lowe gesprochen und sogar mit seinem Rücktritt gedroht, wenn man das Abkommen verleihe. Aber der Mann gefällt den Unionisten in Edgbaston nicht. Der einfachste Ausweg wäre wohl, wenn beide Fraktionen ihren eigenen Kandidaten aufstellten und die Entscheidung der Abstimmung überließen.

### Deutsches Reich.

#### Parlamentsbriefe.

#### Aus dem Reichstage.

**B. Berlin, 8. Februar.** Der Rest des Postetats, die Bewilligung einiger Neubauten für die Post, war heute in wenigen Minuten erledigt. Ebenso kurze Zeit nahm die Prüfung des Etats der Reichsdruckerei und die dritte Lesung des Handels- und Freundschaftsvertrages mit dem Oranien-Freistaat in Anspruch. Dann wurde der Etat des Auswärtigen Amtes in Angriff genommen. Abg. Richter eröffnete die Debatte mit der Erklärung, daß seine Partei die Erwerbung der Mantsch-

auffand, dem verblüfften Apotheker die Hand drückte und wieder in den Nebel der Straßen untertauchte.

„Weshalb hat dieser Marshall sein ganzes Vermögen meinem Bruder bestimmt?“

Es war jetzt nicht mehr die Eifersucht, die ihn fragen und forschen ließ, es war nicht mehr jener niedrige und doch in der menschlichen Natur begründete Neid, den er insgeheim empfunden und seit Tagen mannhafte bekämpft hatte, nein — es war die Angst vor einem Entsetzlichen, die Furcht davor, daß er selbst glauben könnte, daß Hans, daß sein Bruder der Sohn jenes Mannes sei!

Nein, er glaubte es nicht; sich die Frage vorzulegen, war ja schon ein Verbrechen! Aber auch dieser leise, so ganz und gar unwahrscheinliche Verdacht mußte bis zur Wurzel, für alle Zeit, ausgerottet werden. Er mußte Gewißheit haben, klar sehen, in seinem Herzen mußte sicheres Vertrauen sein, denn er liebte auf der Welt nichts als seine Mutter.

Allein in der Nacht umherirrend, wollte er in seiner Erinnerung nachforschen, die ganze Schärfe seines Verstandes anwenden, daß die Wahrheit hell und leuchtend zu Tage treten würde, treten mußte. Dann wollte er fertig damit sein, nie mehr im Leben daran denken, zu Bett gehen und schlafen.

Er sammelte sich. „In erster Linie sehen wir uns einmal die Thatfachen an,“ sagte er sich. „Ferner gilt es, mir alles, was ich von ihm weiß, zurückzurufen, seine Art und Weise, mit mir und meinem Bruder zu verfahren, dann werde ich den Ursachen und Gründen dieser Parteilichkeit wohl auf die Spur kommen... Er hat es miterlebt als Hans zur Welt kam? Jawohl, aber nicht hat er schon vorher gekannt. Wenn er meine Mutter geliebt hätte, stumm und heimlich, so würde er mich vorgezogen haben, denn mir, meinem Scharlachfieber, dankte er es, daß er in nähere Beziehung zu meinen Eltern getreten. Logischerweise hätte er mich wählen, eine besondere Zuneigung für mich empfinden müssen, und er hätte sie empfinden, wenn nicht beim Heranwachsen meines Bruders eine instinktive Vorliebe, ein naturgemäßes Hingezogensein zu diesem sich entwickelt hätten.“

(Fortsetzung folgt.)

bucht mit glünstigeren Augen betrachte, als alle bisherigen Prognostikationen, weil sie verheißungsvoll für den Handel sei. Um diesem aber dort zu wirklicher Blüte zu verhelfen, dürfe nur ein Evangelium gepredigt werden, das Evangelium des Freihandels. Freilich sollten nicht übertriebene Erwartungen auf die Erschließung Chinas gesetzt werden; vor allem dürfe nicht darauf gerechnet werden, etwa die überschüssige deutsche Bevölkerung in dem dichtbevölkerten Lande unterzubringen. Diese nicht übermäßig neuen Bemerkungen vermochten das Interesse des Hauses nicht besonders zu fesseln. Erst einige Sätze auf Kosten des Professors Knackfuß und auf das China, das in Deutschland selbst zu finden ist, erweckten Heiterkeit. Richter fragte den Staatssekretär, ob der Vertrag mit China nun im Wortlaut vorliege, in welchem Umfange Bergwerks- und Eisenbahnkonzessionen erworben seien und wie es komme, daß die deutsche Befabung über die dem Reich zugefallene Zone vorgebrungen sei, wie die Ermordung des Matrosen Schulze an einem Orte außerhalb der Zone beweise. Schließlich wünschte er zu wissen, welche Rolle Deutschland bei der chinesischen Anleihe spiele. Staatssekretär von Bülow erwiderte in seiner eleganten und glatten Manier, daß die Regierung über die ersten Phasen einer diplomatischen Aktion natürlich keine Mitteilungen habe machen können. Jetzt aber könne er sagen, daß die Entsendung des Kreuzergeschwaders nach Kiautschau keine Improvisation gewesen sei. Deutschland habe eine Eingangstür zu dem chinesischen Absatzgebiete, dem reichsten Marke der Welt, gebraucht, wie sie England in Hongkong, Frankreich in Tientsin, Rußland am Amur habe. Als territorialer Stützpunkt sei Kiautschau gewählt, das einen trefflichen Hafen für die Flotte biete. Natürlich unterließ der Staatssekretär im weiteren Verlauf der Rede nicht, den Schutz der katholischen Missionare in China dick zu unterstreichen. Er versicherte, daß sich Deutschland in seiner ostasiatischen Politik in voller Uebereinstimmung mit Rußland befinde, dessen natürlicher Machtenhaltung es mit neidloser Bewunderung beobachte. Diese Phrase veranlaßte die lautenbegeisterte Rechte zu einem Bravo, während die sich unmittelbar daran schließende Versicherung, daß auch unsere Beziehungen zu England die besten seien, einige gutgläubige Mitglieder der Linken zum Weisfall veranlaßten. Zum Schluß teilte der Minister dann den telegraphisch übermittelten Wortlaut des Vertrages mit China über die Verpachtung der Bucht auf 99 Jahre und über die Bergwerks- und Eisenbahnkonzessionen mit. Dabei tanzte Herr v. Bülow zum großen Ergötzen des ganzen Hauses die voraus-

sichtliche Dauer des chinesischen Reiches noch auf dreihundert Jahre. Nicht als Konquistadoren (Eroberer), aber auch nicht als Kalkulatoren werden, so schloß der Minister, wir in China vorgehen, sondern als Kolonialisten, die gleich den Maktabariern in der einen Hand das Schwert, in der anderen Hand die Spatel haben. Dieser blühende Vergleich charakterisiert vielleicht am besten die Sprache des Ministers, die eine frappante Ähnlichkeit mit dem Feuilletonstil des Berliner Tageblatts hat. Nachdem noch einige Regierungskommissare auf die anderen Fragen Richters Auskunft erteilt hatten, kam Bebel an die Reihe. Zuerst pflückte er ein Häufchen mit dem Oberstaatsanwaltschaftsverwalter, dann wandte er sich zu einer Kritik der deutschen Weltmachtpolitik. Er wies die religiösen und sittlichen Momente, die der Staatssekretär für die Befehung Kiautschaus angeführt hatte, zurück und sagte, daß lediglich materielle Interessen das Vorgehen Deutschlands veranlaßt hätten. Nach einem Ausblick auf die Lage des Weltmarkts kam er zu dem Schlusse, daß die Eröffnung Chinas wohl im Interesse der deutschen Kapitalisten liegen könne. Schärfer wandte er sich gegen die Art und Weise, wie die Befehung Kiautschaus inszeniert worden sei. Sein Vergleich mit dem Jameson'schen Einfall in Transvaal rief bei der Rechten ein wütendes Geheul hervor, während seine Kritik der Rede des Kaisers und seines Bruders in Kiel den Präsidenten zu der üblichen Mahnung, die Person des Monarchen aus dem Spiele zu lassen, veranlaßte. Dann untersuchte Bebel die Folgen, die die Besitzergreifung Chinas für die deutschen Arbeiter haben würde. Er wies zunächst auf die gefahrdrohende chinesische Konkurrenz hin und zeigte dann, in welchem Widerspruch sich unsere gesamte innere Politik, charakterisiert durch den Koalitions-Erlaß des Grafen Rasadowsky und das Uebergewicht der Agrarier, zu der auswärtigen befindet. Zum Schluß schilderte er die Gefahren einer Ueberschwemmung des deutschen Arbeitsmarktes durch die Kulis, und sagte den agrarischen Patrioten harte Worte über ihre Verwendung von bedürfnislosen galizischen, italienischen und polnischen Arbeitern.

Es war sehr bezeichnend, daß diese wirkungsvolle Rede gegen die Abenteuerpolitik ohne Nachfolge blieb. Von Herrn von Kardorff kann man freilich nichts anderes als unbedingte Zustimmung zu den Plänen der Regierung erwarten. Er sieht darin den alten bismarckischen Geist. Das ist auch eine Kritik. Er meinte, es würde wieder „gehandelt“. Das stimmt vollkommen, und auch darin hatte er recht, daß er Herrn Richter nachwies, auch er sei nicht unberührt vom chinesischen Klaps geblieben.

Der Centrumsführer Lieber feierte die Befehung der Kiautschau-Bucht als dankenswerte That und sprach dem Staatsminister das Vertrauen aller staatsbehaltenden Parteien aus. Sehr gut kennzeichnete er die parlamentarische Sitte, die Person des Kaisers nicht in die Debatte zu ziehen. Nach Herrn Lieber, der darin Autorität ist, darf man im Reichstage den Kaiser allerdings erwähnen, aber nur lobend. Jedes Wort der Kritik verstoßt gegen das konstitutionelle Gebräuch.

Auch Herr Barth von der freisinnigen Vereinigung stimmte in den Jubelgeschreien über das neu eröffnete Wunderland, das unsere ganze Ueberschussproduktion verschlucken solle, mit ein. Er bat um Aufklärung über Kreta, und das veranlaßte Herrn v. Bülow, in einer zweiten redegelungsgeschmückten Rede die orientalische Politik Deutschlands klar zu legen. Nach einer Hurrarede des Leipziger Professors Hasse wurde die weitere Beratung auf morgen vertagt.

Aus dem preussischen Landtage.

**H. Berlin, 8. Februar.** Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich heute zunächst mit der freikonservativen Interpellation, worin die Regierung ersucht wird, Mitteilung darüber zu machen, ob die in der Thronrede verheißene Vorlage, betr. die Neuregelung und Verbesserung des Dienstverhältnisses der Geistlichen beider Konfessionen in der nächsten Zeit zu erwarten ist. Die Interpellanten glauben aus einigen durch die Presse gegangenen Äußerungen entnehmen zu können, daß die bereits in der vorigen Session angekündigte Vorlage auch jetzt noch nicht eingebracht wird, und sie fürchten, daß dann die infolge dessen unzufriedenen Geistlichen bei den nächsten Wahlen nicht mehr für sie, sondern im regierungsfeindlichen Sinne stimmen könnten. Diese Befürchtung zerstreute jedoch der Kultusminister Dr. Bosse, der die bestimmte Erklärung abgab,

daß diesbezügliche Vorlagen in aller nächster Zeit zu erwarten seien. In der darauffolgenden kurzen Besprechung begünstigte sich die rechte des Centrums und der konservativen Parteien, ihrer Unglutung über die Erklärung des Ministers Ausdruck zu geben. Nur der Abg. Dr. Langerhans (freis. Vp.) fand den Mut, einigermassen Widerspruch dagegen zu erheben, daß Gelder, an deren Ueberschlag alle Steuerzahler beteiligt sind, für die Zwecke bestimmter Konfessionen verwendet werden sollen.

Hierauf setzte das Haus die zweite Beratung des Justizetats fort, bei welcher Gelegenheit der Justizminister Schönstedt mitteilte, daß ein Stipendiumsgesetz in der Ueberschreibung begriffen sei und daß thwischen seitens des Bundesrats allgemeine Vorschriften erlassen sein, wonach bei der Beschäftigung der Befangenen auf ihre Stellung Rücksicht genommen werden solle. Trotz dieser Vorschriften werden wohl auch in Zukunft politische Befangene in preussische Gefängnissen nicht allzu glimpflich behandelt werden. Die übrige Beratung des Justizetats bot nichts Bemerkenswertes, ebensowenig der Etat der Bauverwaltung. Morgen steht die Vorles. betr. Entschädigung für Verluste durch Hochwasserkatastrophen auf der Tagesordnung.

**Chinesisches.**

**Die chinesische Anleihe**

scheint nun definitiv ins Wasser gefallen zu sein. Wenigstens behauptet die Wiener Politische Korrespondenz, von unrichtiger Seite aus Petersburg erfahren zu haben, daß China vollständig die Absicht aufgegeben habe, eine Anleihe zu kontrahieren. Das selbe weiß das Reutersche Bureau zu melden.

Dagegen versicherte Lord Salisbury am 8. Februar im englischen Oberhaus: „Die Eröffnung Taitenwan als Bedingung für den auf eine Anleihe zu gewärtigenden Vorstoß sei auf Wunsch Chinas nicht aufricht erhalten und verschoben worden, bis die Eisenbahn Taitenwan erreicht habe. China habe die Bedingungen für die Anleihe angenommen.“

Inzwischen mußte also der russische Einfluß sich geltend gemacht und China bewogen haben, die Anleihe aufzugeben.

**Schutz vor Schulgeiten.**

Die Kölner Schutzmannschaft macht wieder einmal von sich reden. Am 7. Februar hatte sich der Schutzmann Franz Louis Schubert wegen vorsätzlicher Mißhandlung zu verantworten. Schubert, die Ordnungswächter, hatte sich anlässlich der Anwesenheit des Kaisers in dienstfreier Zeit einen Raufsch angetrunken und verrichtete seine Nothdurft auf offener Straße. Der Bureauassistent Fußwinkel erlaubte sich, dieses Benehmen unanständig zu finden. Darauf gab ihm der Schutzmann, wie er sich ausdrückte, „Pähne zu schlucken“, d. h. einen Stoß unter's Kinn, und jagte Fußwinkels Begleiter, Ohle, mit dem blanken Säbel in die Flucht. Hierauf wandte er sich wieder gegen Fußwinkel, den er mit einem Säbelschlag niederstreckte. Dem am Boden Liegenden behandelte er weiter mit dem Säbel. Inzwischen kamen zwei Kollegen Schuberts, und Fußwinkel wurde nun abgeführt, wobei ihn Schubert weiter mit den Fäusten bearbeitete. Bei der Verhandlung verlegte sich der Schutzmann aufs Beugnen. Das half ihm jedoch nichts; er wurde zu einem Jahre Gefängnis und 90 Mk. 50 Pf. Buße an den Nebenkläger verurteilt, der Staatsanwalt hatte 18 Monate beantragt.

berlin, 9. Februar. Die Hülfschen Agitationsschriften werden auch vom preussischen Landwirtschaftsminister empfohlen. Im Jahrbuch der preussischen Forst- und Jagdgesetzgebung (3. Heft 1897) wird dieser vom 20. November 1896 datierte Erlaß veröffentlicht. Darin heißt es: „Seine Majestät der Kaiser und König haben dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß den Bestrebungen des Christlichen Zeitschriftenvereins, welcher sich die Aufgabe gestellt hat, durch Einführung vollständiger und billiger Schriften dem Einflusse der staatsfeindlichen, insbesondere der sozialdemokratischen Presse entgegenzuwirken, ein allseitiger Anreiz die thätigste Förderung zu teil werden und daß, besonders von den staatlichen Betriebsverwaltungen für Verbreitung der Vereinschriften unter ihren Arbeitern und niederen Beamten gesorgt werden möge.“ Der Landwirtschaftsminister ersucht die untergeordneten Behörden, die Bestrebungen des Christlichen Zeitschriftenvereins nach Möglichkeit zu unterstützen und geeignete Anordnungen für Verbreitung der Vereinschriften unter den Arbeitern und niederen Beamten zu treffen.

Gegen die Ausbeutung des Postregals auf geschlossene Ortsbriefe hat der Vorstand des freiwilligen Erziehungsbeirats für schulentlassene Waisen alle Wohlthätigkeitsvereine in Berlin aufgefordert, Petitionen an den Reichstag abzuschicken. Die betreffende Aufforderung ist unterzeichnet an erster Stelle vom dem Ehrenpräsidenten des Vereins, Staatsminister Herrfurth. In der Petition des Vereins wird hervorgehoben, daß, wenn alle jetzt durch die Berliner Pasterfahrtgesellschaft zu wohlthätigen und gemeinnützigen Zwecken versandten Briefkasten und Druck-sachen nach der Ausbeutung des Postregals durch die Reichspost befördert werden würden, die Mehrausgaben Hunderttausende von Mark betragen würden. Diese Summe würde, da die Vereinsmaßnahmen deshalb nicht wachsen, den Armen, Waisen, Blinden, Taubstummen, Kranken, Bedürftigen, Elenden und Weisheiten aller Art entzogen.

Die konservative Partei hat im Abgeordnetenhause den Antrag eingebracht, die Regierung aufzufordern, spätestens in der nächsten Session eine Neuregelung der Verpflichtung zur Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen dahin herbeizuführen, daß gemäß Artikel 25 der Verfassung diese Verpflichtung allgemein den bürgerlichen Gemeinden und Ortsbezirken aufgelegt wird.

Der Vorwärts macht darauf aufmerksam, daß die Mittelungen aus der Abteilung Berlin der Deutschen Kolonial-Gesellschaft die Vereine der Deutschen Kolonial-Gesellschaft, den Deutschen Sprach- und Schulverein und den Altschlesischen Verband auffordern, regelmäßig zusammenzukommen, um „deutsche Abende“ abzuhalten. Eine solche Koalition von politischen Vereinen widerspricht aber dem gesetzlichen Koalitionsverbot.

Konservative, Bündler, Antisemiten. Gegen den Frhrn. v. Mantuffel und die konservative Partei polemisiert die bundesoffizielle Korrespondenz des Bundes der Landwirtschaft, weil Frhr. v. Mantuffel auf dem Parteitag erklärt hat, es sei Pflicht des Bundes, bei der Konkurrenz konservativer und antisemitischer, gleichmäßig agrarischer Kandidaten für den konservativen zu stimmen. „Warum soll das unsere Pflicht sein?“ fragt die Korrespondenz. „Sind wir etwa Vasallen

der konservativen Partei? Wir haben den Konservativen ja schon früher erklärt, daß der Bund der Landwirte keine Kommandite der konservativen Partei sein kann und will. Bei der Konkurrenz konservativer und antisemitischer Kandidaten, die „gleichmäßig agrarisch“ sind, werden die Vertrauensmänner des Bundes in dem betr. Wahlkreise das entscheidende Wort haben, aber daß wir uns in alle Fälle vor vornherein dem konservativen Bund als Gespann zur Verfügung stellen, fällt uns nicht ein; denn wir sind eine wirtschaftspolitische, in parteipolitischen Dingen — wie Herr v. Plöy in Dresden bemerkte — neutrale Vereinigung.“

Es ist bezeichnend, daß auf dem Parteitage selbst Herr v. Plöy nicht gewagt hat, in dieser Weise gegen Freiherrn v. Mantuffel zu opponieren, sondern erst nachträglich durch sein Organ diese Verwahrung einlegen läßt.

Wegen die Auslassung der Korrespondenz des Bundes der Landwirte bringt die Kreuzzeitung eine scharfe Erwiderung. Es habe, so meint das konservative Blatt, den Anschein, als ob sich im Bunde der Landwirte eine Strömung geltend zu verschaffen suchte, nach der die konservative Partei als eine „Kommandite“ des Bundes zu betrachten und der Antisemitismus als bevorzugter Mitkommanditeur ausgenommen sei. „Wegen eine solche Auffassung müssen wir uns entschieden verwahren; denjenigen Herren aber im Bunde, die in der bezeichneten Strömung dahin streuen, möchten wir doch warnend zurufen, nicht zu volle Segel aufzusetzen; es dürfte dem Bunde vielleicht doch nicht ganz erwünscht sein, so und so viele Konservative, die seine Sache bisher treu verfolgt haben, von sich abzudrängen.“

Einen Ausweg hat die Deutsche Tageszeitung gefunden; sie macht darauf aufmerksam, daß Herr v. Mantuffel von einem Einbruch eines Antisemiten in einen konservativen Wahlkreis gesprochen habe, in welchem Falle der Bund der Landwirte für den konservativen Kandidaten zu stimmen hätte. Es handle sich also nur um den Einbruch in konservativen Wahlkreise, nicht um eine Stellungnahme zwischen Konservativen und Antisemiten im Allgemeinen.

Diese Ausrede wird den Konservativen schwerlich genügen. Zum konservativen Parteitag hebt die antisemitische Berliner Staatsbürger-Ztg. hervor, daß gegenwärtig bei den Offizieren der konservativen Partei über die Plöysche Rede in Dresden Bestimmung bestehe. „Es ist bekannt, daß in der konservativen Partei die gouvernementalen Elemente immer lächerlicher ihre Hauptarbeiten, und daß jene Leute heute die Führerschaft an sich zu reißen suchen und zum Teil auch bereits besitzen, die in Verzweiflung gerieten, als der Bund der Landwirte bei seiner zweiten Jahresversammlung den Beschluß faßte, keine Juden aufzunehmen. Es ist auch bekannt, daß im Schoße der konservativen Partei vor längerer Zeit ein Antrag vorbereitet wurde, Herrn v. Plöy den Stuhl vor die Thüre zu setzen, weil er mit seinen radikalen Forderungen das Interesse der konservativen Partei gefährde.“

Die konservative Korrespondenz schreibt: Im Lager der „Antiagrarien“ herrscht große Schandenstunde über eine Auslassung der Korrespondenz des Bundes der Landwirte, die auf angeblich in Dresden gefallene Äußerungen des Herrn v. Mantuffel Bezug nimmt. Wir haben keinen Anlaß, auf die Anzuspinnungen der Bundeskorrespondenz einzugehen; das verbietet uns nicht nur die von derselben angeschlagene unangemessene Tonart, sondern auch der Umstand, daß die Redaktion der Bundeskorrespondenz bei Aufnahme der in Rede stehenden Auslassung verabsäumt hat, in das Stenogramm Einsicht zu nehmen, oder sich bei den ihr nahestehenden Persönlichkeiten, die in Dresden anwesend waren, vorher zu informieren, statt darauf los zu gehen und Unrichtiges zu behaupten. Wir ersehen aber leider aus dem Verhalten der Bundeskorrespondenz, daß in den Kreisen, aus welchen sie inspiriert wird, Elemente ihr Wesen treiben, die das beiderseitige Bestreben der konservativen Parteileitung und des Bundesvorsitzenden Herrn v. Plöy, ein gutes Einvernehmen herzustellen und festzuhalten, konträre Karrieren möchten. Es wird notwendig sein, diesem Treiben einen Damm entgegenzusetzen, wenn dadurch die Sache der deutschen Landwirtschaft nicht ernsthaft gefährdet werden soll.

Ueber die 10x Arons-Debatte schreibt die Kreuzzeitung: Obgleich der Kultusminister Dr. Voße nach Ausweis der Verhandlungen im Falle des Dr. Arons nicht die Entscheidung des Vorgehens gezeigt hat, wie wir gewünscht hätten, so berechnen wir doch seine Äußerungen zu der Hoffnung, daß er künftig die Benutzung der akademischen Lehrstühle durch Männer, die an dem Kampfe gegen die heutige Staats- und Gesellschaftsordnung thätigen Anteil nehmen, mit den Nachmitteln des Staates zu verhindern wissen werde.

Also ein Ruffel für Herrn Voße mit dem Ausdruck der Hoffnung auf zukünftige bessere Führung!

Eine gar nicht üble Federzeichnung entwirft der Berliner Parlamentsberichterstatter der Köln. Volksztg. vom Nachfolger Stephens:

Herr v. Bobbelski hat sich nicht verändert. Der Poppe, die er als Abgeordneter bevorzugte, hat er sich zwar entledigt und ist in einen schwarzen Gehrock geklüppelt, aber sonst hat er an äußerer Würde nichts hinzugefügt und an „staatsmännische Haltung“ wird er sich wohl überhaupt nie gewöhnen können. Er ist der stets gut geklaunte Reitergeneral geblieben, der sich nur im freien Felde, auf der Rennbahn und überhaupt dort, wo er sich frei geben lassen kann, wohl zu fühlen scheint. Am ruhigsten giebt er sich noch, wenn er redet; er entfernt sich dann wenigstens nicht allzu weit von seinem Blase am Bundesratsstisch. Aber wenn aus dem Hause geredet wird, dann geht er unaufhörlich von einem Ende der Bundesrats-Strasse zum anderen, auf Antwort sinnen, hier und da den Kopf schüttelnd, aber niemals ernstlich böse; der Zug zum Humorvollen ist ihm unauslöschlich ins Gesicht geprägt. Die preussische Seite an der ersten Bundesratsbank war ganz leer, und so hatte er einen freien Weg für seinen Spaziergang. Bald ging er marschmäßig, bald leichtfüßig, immer hatte er eine Hand in der Hosentasche. Unterwegs redete er wohl den einen und anderen Geheimrat an, blieb wohl auch auf Augenblicke stehen, um den Redner ins Auge zu fassen, Notizen machte er sich gar keine oder doch nur höchst selten. Wie viele Kilometer mag wohl heute Herr v. Bobbelski zurückgelegt haben! Bobbelski Menschen machten allerhand nahe liegende Vergleiche, die aber allein schon deswegen nicht zuträfen, weil die Bundesratsstribüne nicht vergittert ist. Er redet, wie ihn gerade der Ausdruck kommt, er hat entschieden die Sprache nicht, um die Gedanken zu verbergen; er redet zuweilen lange Schleißen, aus denen er nicht wieder herauskommt, stilistische Hüden nimmt er, indem er sie einreißt, aber schließlich kommt er doch zum Ziel und jedermann hat verstanden, was er sagt.

W. Kattowitz (Oberchl.), 7. Februar. Menschenlos in Oberschlesien. Die Kattow. Ztg. berichtet: „In völlig verholztem Zustand wurde ein Knabe aus der Räumlichkeiten der Fanny Franz-Hütte (Zink) aufgefunden. In der Leiche wurde der neunjährige Sohn eines Bergmannes Namens Latuffet aus Boguschnitz wiedererkannt, der seit dem März v. J. das elterliche Haus verlassen. Seine Schule mehr besucht und sich

umhergetrieben hat. Der Knabe dessen jammervolles Schicksal gewiß allseitig Mitleid hervorrufen dürfte, war seiner Zeit zur Ueberführung in die Zwangserziehungsanstalt in Ludlinitz bestimmt worden.“

Dieser Bericht beleuchtet grell die Erziehung der ober-schlesischen Jugend. In der so außerordentlich stark bevölkerten und von Polizei- und Sicherheitsorganen wimmelnden Kattowitzer Gegend ist es möglich gewesen, daß ein Kind fast ein Jahr lang umherstreife, ohne daß es den Behörden gelang, es aufzufinden. Fast scheint es, als ob sie sich um die Auf-findung gar nicht gekümmert hätten.

★ München, 8. Februar. Minister v. Feilichsch erwiderte in der heutigen Kammer Sitzung auf die gestrigen Ausführungen unseres Genossen v. Volkmar folgendes: Die Frage, ob eine von Preußen aus geleitete politische Polizei in Bayern thätig ist, kann ich nur dahin beantworten, daß wir davon nichts bekannt ist. Wegen die Bestimmungen bezüglich der Verwendung der Militärämter in Gemeindefunktionen hat die bayerische Regierung im Bundesrat sehr wesentliche und tief einschneidende Ermittelungen erhoben. Indessen sind aber diese Bestimmungen Reichsgesetz geworden, gegen dessen Einführung wir nichts thun können, die Autonomie der Gemeinden soll jedoch möglichst gewahrt werden. Die Gemeinden mögen dabei auch nicht vergessen, daß durch eine bessere Versorgung der Unterofficiere die Schlagfertigkeit der Armee erhöht wird.

Das Koalitionsrecht hat die bayerische Regierung in der Form, wie es in der Gewerbeordnung festgelegt ist, stets geschützt. Wenn aber diese Form reichsgesetzlich geändert wird, so ist das nicht unsere Schuld. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Streiks lediglich von den beteiligten Parteien aus-zutragen sind. Dabei dürfen aber Bergewaltigungen nicht vor-kommen. In dem bekannten Posadowsky'schen Erlasse handelt es sich übrigens nicht um Aufhebung des Koalitionsrechts, son-dern nur um Maßnahmen zur Hintanhaltung von Mißbräuchen. Die bayerische Regierung hat zwar zu diesem Erlasse noch nicht Stellung genommen, ich kann indes erklären, daß ich nicht ge-willt bin, dem Koalitionsrechte, wie es in der Gewerbeordnung festgelegt ist, entgegen zu treten.

G. aus Elßaß-Lothringen, 8. Februar. Das Vorgehen der Colmarer Staatsanwaltschaft in der Majestätsbeleidigungs-sache gegen die dortige Zeitung: Elßaß-Lothringische Volks-partei wird in der gesamten Presse der Reichslande einstimmig verurteilt. Selbst die wahrhaftig governmentale Straßburger Post vermag in dem inkriminierten Kaisergeburtstags-Artikel keine Majestätsbeleidigung zu finden und wendet sich insbesondere auch gegen die Ausdehnung der Anklage auf die beiden Geschäfts-führer des Blattes.

Die ganze Art und Weise, wie dieser Prozeß vom Baume gebrochen wurde und jetzt durchgeführt werden soll, macht einen sehr üblen Eindruck. Es droht der materielle Ruin des be-troffenen Blattes. Die Volkspartei hat wegen der Unerschrocken-heit, mit der sie den Kampf gegen das derzeitige politische System in Elßaß-Lothringen führt, nicht zum wenigsten aber deswegen, weil sie auch persönliche Mißstände mit anerkenntnis-würdiger Rücksichtslosigkeit ans Licht der Öffentlichkeit zu ziehen pflegt, nach oben hin schon mehrfach unliebsam angestoßen und ist thatsächlich auch dem vorjährigen Sturm, der, ebenfalls aus Anlaß von Kaisers Geburtstag, zwei oberelßassische Zeitungen weglegte, nur mit genauer Not entgangen.

Ein interessantes Schlaglicht wird auf die Maschinerie, die an der Vernichtung des Colmarer demokratischen Blattes arbeitet, durch eine offenbar aus unterrichteter Quelle stammende Korre-spondenz der nationalliberalen Münchener Neuesten Nachrichten geworfen, der wir das folgende entnehmen:

Ob sich diesmal das Vorgehen der Staatsanwaltschaft als ein glückliches herausstellen wird, wird uns immer zweifelhafter. Dazu kommt noch eine in einheimischen Kreisen sich verbreitende Version: Das Blatt habe sich in höheren Regionen dadurch besonders unlieb-sam gemacht, daß es wiederholt peinliche Vorkommnisse in höheren Beamtenkreisen rücksichtslos besprochen habe. Das ist in der That ein anderer Punkt. Erst kürzlich hat das Blatt einen Chef einer oberen Verwaltungsbehörde in Straß-burg, den dort natürlich jedes Kind kennt, an den Wanger gestellt, daß er auf der Straße Frauen und Mädchen seine Freund-schaften ausbränge. Warum hat man damals das Blatt nicht wegen Beamtenebeleidigung verfolgt? In den juristischen Kreisen der Volkspartei weiß man natürlich genau, daß schon vor einigen Jahren ein Straßburger Rechtsanwalt, der einen Unter-gebenen jenes „Chefs“ im Disziplinarprozeß zu vertreten hatte, in einer Prozeßschrift direkt das jetzt öffentlich gebrandmarkt Ver-halten jenes „Chefs“ als Entschuldigung für seinen Klienten her-vorgehoben hat, und daß nichts geschah, weder gegen den bloß-gestellten Chef, noch gegen den Rechtsanwalt, der bei Behauptung einer Unwahrheit doch sicherlich nicht glimpflich behandelt worden wäre

Kleine politische Nachrichten. Die griechische Kammer wird im Laufe der ersten 14 Tage des Februar einberufen werden. Man hofft bis dahin die Verhandlungen über die Anleihe zu Ende zu führen. — In Brasilien ist — obwohl die Angelegenheit des verstorbenen Lehrers Roth und verschiedene weniger be-langreiche Fälle in den Südprowingen noch nicht erledigt sind — neuerdings ein Deutscher von einem Brasilianer, und zwar von einem Offizier, ermordet worden. Der Vorfall ereignete sich in Curitiba, dem Hauptorte des Staates Parana.

### Oesterreich-Ungarn.

Die Räte ist gerettet!

f. s. Herr v. Gutsch hat's nun also doch zu stande ge-bracht, sich aus einer selbstgeschaffenen Verlegenheit zu retten. Der Abschluß der großen Studentenaffaire ist für alle Teile ein höchst vergnüglicher geworden. Die Hochschulen wurden über Nacht gesperrt, den Studenten „mit Rücksicht auf die straf-würdigen Vorfälle“ längere Semesterferien als sonst bewilligt, die Jungfischehen sind für ein paar Wochen von jeder „provokaoe“ geschützt und — was die Hauptsache ist — die „Autorität der Regierung“ wurde gerettet. Diese „gerettete Autorität“ sieht nun vorläufig allerdings noch ganz gottserbärmlich aus, wie man eben aussieht, wenn man gerade aus dem Wasser gezogen ist; und ob sie sich gar so rasch erholen wird, ist recht fraglich, da sie ja erst wieder daraus ausgeht, sich in neue Verlegenheiten zu stürzen. Herr v. Gutsch beruft immer neue Konferenzen ein und läßt sich seine Einladungen an die deutsche Opposition immer wieder zurückschicken, während die Tschechen und Groß-gundbesitzer scheinbar nur deshalb kommen, weil sie vorläufig noch Majorität spielen können. Herr v. Gutsch wird bald zwischen zwei Stühlen in der Mitte sitzen und wird bald die Autorität der Regierung wieder retten müssen. Ob auch die Studenten beruhigt sind, aus dem Stadium der „Studenten-politik“ kommen wir so bald noch nicht heraus!

### Vom böhmischen Landtage.

Prag, 8. Februar. Der deutsch-liberale Professor Lippert begründet seinen Antrag auf Errichtung von Nationalkurien mit Betorecht und führt aus, die Deutschen wollten nicht die Zer-reißung des Landes, sondern nur die möglichste administrative Trennung der Bezirke in sprachlicher Hinsicht. Lippert beantragt schließlich die Einweisung des Landtages an die zur Beratung des Antrages beschlossene Kommission. Engel erklärt namens der Tschechen, für Einweisung an die Kommission zu stimmen. Der Antrag wird hierauf dieser Kommission überwiesen.

### Standrecht in Ungarn?

Budapest, 9. Februar. Baron Batffy soll über mehrere Komitate das Standrecht verhängen wollen. Grund: die sozia-listische Bauernbewegung, „die bereits alle Zeichen eines Auf-rufes bietet“. In Ungarn muß man auf alles gefaßt sein, daß die Regierung aber einen solchen Schurkenreich vorbereitet, ist unfaßbar. Die ungarischen Bauern sind friedliche Leute; die nur das eine Ziel haben, nicht zu verhungern.

### Portugal.

#### Die portugiesischen Schulden.

Lissabon, 8. Februar. Die Deputiertenkammer beriet den Gesetzesentwurf, betreffend die Konversion der äußeren Schuld. Der Finanzminister erklärte, die portugiesische Regierung stehe in Unterhandlungen mit den Vertretern der Bondholders und den auswärtigen Regierungen, um zu einem Uebereinkommen zu gelangen. Das Uebereinkommen dürfte bei dem Zustande der portugiesischen Finanzen für das Ausland nicht gerade glänzend ausfallen.

### Großbritannien.

#### Die englische Thronrede.

London, 8. Februar. Die Thronrede zur Eröffnung des Parlaments bezeichnet die Beziehungen zum Auslande als freundliche und erwähnt sodann den Abschluß des Friedens-vertrages zwischen der Türkei und Griechenland, durch den die territorialen Beziehungen der beiden Mächte im ganzen un- verändert geblieben sind. Dann heißt es weiter: Die Schwierig-keit, zu einem einstimmigen Abkommen zu gelangen in einigen Punkten der Frage der autonomen Regierung Kretas, hat die Erwägungen der Mächte ungebührlich in die Länge gezogen; ich hoffe aber, daß diese Schwierigkeiten bald überwunden werden. Es ist die anscheinend vertrauenswürdige Nachricht eingegangen, daß der Kaiser beabsichtigt, gegen die ägyptische Armee im Sudan vorzurücken. Deshalb ist den betreffenden britischen Truppen die Weisung zugegangen, nach Verber zur Unterstützung des Kheidive abzugehen. Mit Abessinien ist ein Freundschafts- und Handelsvertrag abgeschlossen worden. Ich hoffe, daß die Konferenz für die Frage der Zuckerprämien das Ergebnis hat, daß die Zuckerprämien von den kontinentalen Staaten abgeschafft werden. Mittlerweile sollen dem Parlament Maßnahmen vorgeschlagen werden, um der unmittelbaren Notlage der westindischen Kolonien abzuhelfen und den Produzenten über die gegenwärtige Krise hinwegzuhelfen. Der organisierte Ausbruch des Fanatismus unter den Stämmen an der nordwestlichen Grenze Indiens im letzten Sommer hatte die Regierung gezwungen, Expeditionen zur Befragung der Stämme auszuführen. Der Mut und die Ausdauer der britischen und eingeborenen Truppen hat die fast unüberwind-lichen Schwierigkeiten, die jener Teil des Landes darbietet, be-siegt, jedoch beklagt die Königin den Verlust so vieler kostbarer Menschenleben. Die Wiederzunahme der Pest im westlichen Indien verursacht Besorgnisse, aber die Regierung macht alle Anstrengungen, um die Ausbreitung der Seuche zu begrenzen und ihre Wirkungen zu mildern. Die Hungersnot in Indien hat mit Ausnahme einiger kleiner Bezirke von Madras auf-gehört. Angesichts der enormen, von anderen Nationen unter-haltenen Rüstungen wird die Pflicht der Verteidigung des Reiches Ausgaben mit sich bringen, die über frühere Auf-wendungen hinausgehen. Es werden demgemäß Anträge zur Vermehrung der Stärke und Leistungsfähigkeit der Ar-mee und zur Verbesserung der Verhältnisse des militärischen Dienstes eingebracht werden, desgleichen Maß-regeln zur Einführung einer lokalen Regierung in Irland, ähn-lich dem, was in dieser Hinsicht in England besteht, sowie end-lich Anträge auf Einführung von Gemeindevertretungen in der Grafschaft London unterbreitet werden. Sehr auffällig ist, daß die Thronrede über den Stand des Dinge in China kein Wort enthält.

### Vereine und Versammlungen.

Der konservative Verein hielt am Montagabend im Kaiser-saale der Centralhalle seine Monatsversammlung ab, in der der bekannte Kolonialpolitiker Herr Paul Dehn sich über kommende Weltwirtschaftspolitik verbreitete, ohne freilich auch nur an-nähernd die Erwartungen zu rechtfertigen, die man auf Grund seines reikamehaften, mosaikartigen Programmes zu stellen be-rechtigt war. Weltverkehr und Weltpolitik, Aufschwung des inter-nationalen Güterauswaches, Panamerika, Greater Britain, das russische Weltreich, Anbrechen einer neuen politischen Ära und ähnlich lauteten die Stichworte, zu denen der Redner in einem einstündigen Vortrage seine aus anderer Leute Köchen ge-nommene Sauce gab, um schließlich in der Regierungsforderung neuer Schiffe zu gipfeln, die Deutschland zur Erhaltung und Befestigung seiner wirtschaftspolitischen Weltanschauung unbeding-t nötig habe. Irigendwelche neuen Gesichtspunkte eröffnete der Redner dabei so absolut gar nicht, daß wir auf eine Wiedergabe seiner Ausführungen im einzelnen ruhig verzichten können. Als bezeichnend für die ausschweifenden Weltmachtsphantasien, wie sie nach der Ueberumpelung des Klausener Landsees in so manchen unklaren Köpfen sputen, sei darum nur hervorgehoben, daß Herr Paul Dehn die innerpolitischen Fragen der einzelnen europäischen Länder für so gut wie gelöst erachtete und so mit Eleganz und Grazie über die schweren Kämpfe hinwegzuspringen vermochte, die die Völker aller europäischen Kulturstaaten in eine nach neuem Profit lüsterne und darum flottenbegehrte Minderheit und eine nuchterne, gegen neue wirtschaftliche Aus-beutung und politische Unterdrückung kämpfende, übergroße Mehrheit spalten. Zum Schluß gab Herr Oberamtsrichter Schwertfeger, der trotz verschiedener Widerspruches eine einmütige Flottenbegeisterung der schwach besuchten Versammlung zu konstatieren wußte, die Erklärung ab, daß nicht nur im 12. städtischen, sondern auch im 13. ländlichen Wahlkreise kon-servative und Nationalliberale gegen die gemeinsame Feindin, die Sozialdemokratie, fest zusammenstehen würden.

Hierzu eine Beilage.

# Steingut Glas Emaille.

Durch Umgehung jeden Zwischenhandels und dadurch, dass wir stets die Ware in vollständigen Waggonladungen direkt ab Fabrik und Hütte beziehen, sind wir in der Lage, unserer Kundschaft in betreff Preise und Qualitäten Vorteile zu bieten, die von keiner anderen Seite auch nur annähernd geboten werden dürften.

Weißes Steingut.		Blaues Zwiebelmuster.		Preßglas.		Emaille.	
Salz- und Mehlresten	88 Pfg.	Haushalttonnen	35 Pfg.	Rompotteller	7 Pfg.	Emmer, 28 cm	78 Pfg.
Bratenschüsseln	12 "	Gewürzkrügelchen, 6 Stück	90 "	Salatschalen	7 "	Maschinenöpfe, 12 cm	28 "
Haaröfen m. Teller	15 "	Teller, flach u. tief	14 "	Inderschalen	9 "	Durchschläge	38 "
Teller, flach	5 "	Cassen	Paar 14 "	Butterböfen	28 "	Essenträger	45 "
Teller, groß, flach u. tief	6 "	Kaffeeteller	9 "	Rüfeglocken	48 "	Teller	12 "
Cassen	Paar 8 "	Tahschüsseln, 6 Stück	160 "	Bierbecher	8 "	Washbecken	48 "
Salatiers, 10 cm	28 "	Kaffeefervice, 9 teilig	175 "	Hohlglas.		Milchkrüge, 1/2 Liter	48 "
Compots, 11 cm	7 "	Buntes Blumenmuster.		Wassergläser	5 u. 6 Pfg.	Holzwaren.	
Kaffeeteller	4 "	Haushalttonnen	15 Pfg.	Groggläser	8 "	Schnelbevetter	18 Pfg.
Kaffeekannen	30 "	Gewürzkrügelchen	22 "	Weingläser	8 "	Schinkenteller	6 "
Washbecken	28 "	Kaffeekannen	48 "	Sturzkflasche mit Glas	18 "	Gewürzkränze	48 "
Tahschüsseln, 6 Stück	100 "	Kaffeefervice, 9 teilig	205 "	Plerkrüge	27 "	Rüchenregale	22 "
Wasserhannen	88 "	Washgarnitur, 5 teilig	195 "	Liquorgläser	7 "	Handtuchhalter	48 "
						Löffel 3-8 Pfg. u. Quirle 2-12 "	

Von den unzähligen Artikeln kann hier nur ein sehr kleiner Teil hervorgehoben werden; wir bitten unsere geschätzte Kundschaft, unsere Ausstellung, Eisenbahnstrasse 44, zu beachten, in welcher fast sämtliche Artikel mit Preisangabe übersichtlich geordnet sind und den Einkauf wesentlich erleichtern.

# Schaarschmidt & Co.

Eisenbahnstrasse 44-46 Leipzig-Neuschönefeld Eisenbahnstrasse 44-46.

## Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfinnen Deutschlands (Bezirk Leipzig).

Donnerstag den 10. Februar [1224]  
Gefelliger Abend mit humoristischem Programm und Tänzen  
im Coburger Hof, Windmühlenstrasse 11.  
Anfang abends 8 Uhr. Das Komitee.

## Thüringer Hof Leipzig-Volkmarisdorf.

Donnerstag den 10. Februar  
Grosser öffentlicher Volks-Maskenball  
Hierzu ladet ergebenst ein [1215] Gran.

### Feste Preise.

#### Kein Winter.

Es will im winterlichen Kleide  
Sich gar nicht zeigen die Natur —  
Es fehlt zu unsrer Jugend Leide  
Vom Schnee und Eis noch jede Spur,  
Warum ersehnt er denn so milde,  
Der Winter, sonst war's doch nicht so,  
Und nicht umsonst ein jeder hülte,  
Sich ein im warmen Paletot.  
Ihr Wettermacher in der Zeitung,  
Macht's so doch, wie es jedem frommt,  
Dass Goldner 24 Kleidung  
Auch jederzeit zur Geltung kommt.

#### Jetzt im Inventur-Ausverkauf:

Herren-Paletots	früher Mr. 10 14 18 20 25 28 35 40
Herren-Pelerinen-Mäntel	früher Mr. 7 10 12 14 18 20 25 30
Herren-Anzüge	früher Mr. 15 18 23 28 35 38
Herren-Loden-Joppen	früher Mr. 10 13 16 20 24 26
Burschen-Paletots, -Mäntel u. Anzüge	früher Mr. 8 11 14 18 20 23 25 40 48
Knaben-Anzüge u. Paletots	früher Mr. 6 8 10 13 16 20 24 30 36
Herren-Hosen	früher Mr. 6 1/2 8 9 1/2 11 14
Herren-Schlafröcke	früher Mr. 5 1/2 6 7 9 10 11 14
	früher Mr. 2 1/2 3 4 5 6 7 1/2 8 1/2 10
	früher Mr. 10 12 15 17 20 23 25

Grosste, billigste und reichste Einkaufsquelle.  
Georg Simon zur [1220]

## „Goldner 24“

1. Etage, 24 Grimmaische Strasse 24, 1. Etage.

Frack-Verleih-Institut.

## Paradies

Rauchsches Gässchen 12, Ecke Grenzstrasse.  
Heute 1. Anstich des hochf. Crostitzer Bockes.  
Schnellige Bedienung in Köcheln. Rettich gratis. H. Seifert.

## O. Bauch, Sidonienstr. 41.

Heute Mittwoch Grosses Schlachtfest, verbunden mit Bockbierfest. Große Ueberausung.  
Es ladet ergebenst ein Oskar Bauch.  
Wahren, Bahnhofs-Restaurant.  
Wein diesjähriges Bockbierfest findet Sonntag den 13. und Montag den 14. Februar statt. Für gute Bedienung und Küche ist bestens Sorge getragen. Preisreuzert, ausgeführt von den Virtuosen Webr. Hornzoh, begleitet von der Pumperkapelle.  
Wozu ladet denn ergebenst ein Th. Teubner.

Seelig's Kaffee-Essenz  
Lohn Kaffee  
= 9 Gr. und  
3 Messergrün  
dieser Zusatz  
ist gleich 1 Loth  
Kaffee.  
ist der  
feinste orga-  
nischste und billigste  
Kaffee-Zusatz, welcher  
dem Kaffee einen vollen, kräf-  
tigen Mokka-Geschmack ver-  
leiht und dem Kaffee  
eine prächtige,  
goldbraune  
Farbe gibt.  
Präpariert: Paris, London,  
Chicago, Berlin.  
Emil Seelig, A.-G., Heilbronn.  
Generalvertreter: [8030]  
Karl Giesecke, L.-Platzw. 17.

Gut u. billig  
Naethers Reform-Kin-  
derwagen Mk. 14.—  
Puppenwagen m. Woll-  
gardinen Mk. 1.50  
Reisekörbe Mk. 3.—  
Vorstellb. Kinderstühle  
Mk. 4.80  
Kurzprinzstrasse 24,  
Ecke Windmühlenstr.  
Robert Barth,

## Gerösteten Kaffee

à Pfd. 1.— Mk. und 1.20 Mk.  
rein und wohlschmeckend  
empfiehlt angelegentlich [1221]  
G. O. Heinrich  
L.-Platzwitz, Karl Heine-Str. 78.  
Büchlinge, kleiner  
Kest, verkauft äußerst billig. Näh. v. Rüdiger  
u. Comp., Thüringer Bahnhof.

Grosszschocher! Achtung!  
Neue und getragene  
Stiefeln und Schuhe  
verkauft vortrefflich  
Em. Rahn.  
Reparaturen aller Art werden daselbst  
äußerst schnell, gut und billig ausgeführt.  
Grosszschocher, Hauptstrasse 17  
neben dem Trompeter. [1219]

Billige, dauerhafte Möbel verkauft  
Schade, Lindenau, Marienstr. 28.  
Große Auswahl Möbel, Spiegel, Polster-  
waren, Federbetten, neu u. geb., jed. Art  
empf. bill. J. Hörtzsch, Münzstr. 54, p. r.  
3 Geb. Betten f. 10.50, 13, 16 Mr.  
zu verl. Berliner Strasse 10, part.  
Aufpolstern. Matratzen 2.50,  
Sofas v. 5 Mk an  
bei Lendel, Lindenau, Hermannstr. 16.  
Verloren 1 Cylinder-Hör von Reudnitz  
bis Volkmarisdorf, der Name  
Seltze ist eingraviert. Geg. Belohn. abzug.  
Reudnitz, Margaretenstrasse 1, p. [1218]

2 tüchtige Feuerschmiede  
für Wagenbau sofort bei hohem Lohn  
für dauernde Stellung gesucht.  
Hofwagenfabrik Utermühle  
in Gildesheim. [1222]

Wer Stelle sucht, verlange unsere  
„Allgemeine Vauzen-Liste“.  
W. Firsch Verlag, Mannheim.

Meinem lieben Mann die best. Wünsche  
zum 24. Biegebeste. Martha Strauß.  
Uns. Lieb. Papa Herrn. Diez die best. Glückw.  
z. Geburtst. Mama, Toni, Hermann, Paul.  
Ihrem Lieb. Vater Albert Sprung gratul. z.  
Geburtstag Seine Frau und Kinder.  
Wir gratul. Sangesbruder D. Anders  
zum Geburtstag. O. u. W.

Martha Glas gratuliert z. 9. Februar  
E. R.  
Martha Glas wünscht zum Geburtstag  
herzlich Glück. S. E.

Schnell und unerwartet verschied Mein-  
tag abend 7 Uhr unsere gute Tochter  
Marie  
im Alter von 15 Jahren. [1225]  
Dies zeigen tiefbetrubt an  
L.-Reudnitz, Johannisallee 16.  
August Böttcher und Frau geb. Paul

Reichstag.

85. Sitzung. Dienstag den 8. Februar 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: v. Bobbelski, v. Bülow, Freiherr v. Thielmann.

Die zweite Beratung des Etats wird beim Extraordinarium des Postetats fortgesetzt, das nach unwesentlicher Debatte genehmigt wird.

Der Etat der Reichsdruckerei wird debattelos angenommen. In dritter Lesung gelangt Johann der Freundschafts- und Handelsvertrag mit dem Orange-Freistaat ohne Besprechung endgültig zur Annahme.

Sobann tritt das Haus in die Spezialberatung des Etats des Auswärtigen Amtes.

Abg. Richter (freis. Vp.): Meine politischen Freunde stellen sich zu der Erwerbung in China freundschaftlicher als zu früheren Erwerbungen in Afrika und Australien. Wir müssen für unseren Auslands-handel dort einen Stützpunkt haben. Wir erwarten aber, daß sich das Reich darauf beschränkt und nicht an weitere Ausdehnung des Landbesitzes denkt. Um unseren Handel aber dort auszuüben, dürfen wir nur ein Evangelium in China predigen, das Evangelium des Freihandels. Dazu müssen wir die Interessen-gemeinschaft mit England aufrecht erhalten. Ausland verfolgt das Ziel der Abschließung in China. Es genügt für uns, auf dem Landwege in China eingeführten Waren Zollvergünstigungen, die mir im Widerspruch zu dem zwischen China und Preußen bestehenden Meißelbegünstigungsvertrage zu stehen scheinen.

An eine Aufstellung der überschüssigen deutschen Bevölkerung in dem vollreichen China ist nicht zu denken, auch der Absatz großer Mengen deutscher Waren an das gold- und kreditarme China steht zunächst nicht zu erwarten. Japan wäre für uns jedenfalls ein viel wichtigerer Absatzgebiet. Die japanische Industrie hat sich zwar ganz außerordentlich entwickelt. Das braucht uns aber nicht zu entnützen. Jedenfalls bin ich nicht der Meinung des Prof. Knackfuss, daß die Völker Europas wegen dieser Entwicklung um ihre heiligsten Güter besorgt sein müssen. (Beifall.) Ueber der Auslands-politik mit China soll man doch nicht die vielen chinesischen Dinge übersehen, die bei uns selbst passieren. Wenn z. B. die gestrigen Beschlüsse des Landwirtschaftsministers bei uns verwirklicht würden, müßten wir uns einfach mit einer chinesischen Mauer umgeben. (Beifall.) — Zum Schluß richtet der Redner Fragen an den Staatssekretär über den Wortlaut des Vertrags mit China, über die Verhandlungen wegen Eisenbahns- und Bergwerkskonzessionen dort, über die Ausdehnung unserer Vertragszone in Kiautschau und über die angeblichen Anleihepläne, bei denen nach englischen Zeltungen auch Deutschland beteiligt sein soll. (Beifall links.)

Staatssekretär v. Bülow: Wir wollen keinen Schleier über die Dinge in Ostasien breiten, aber über schwebende Verhandlungen konnte ich im Dezember noch nichts mitteilen. Rummehrer aber kann ich sagen: Die Entsendung unseres Kreuzergeschwaders nach Ostasien war keine Improvisation. Wir waren seit lange davon überzeugt, daß wir einen territorialen Stützpunkt in Ostasien brauchten; nachdem die Angehörigen verschiedener Länder dort Konzessionen erhalten haben, mußten auch wir uns solche sichern, und wir brauchen, um sie auszunützen, einen Hafen für unsere Flotte, gerade so, wie Frankreich, England, Rußland und Japan. Das lag ferner im Interesse der Missionen in China. Wir haben uns nun festgesetzt, ohne unsere Beziehungen zu allen anderen Mächten irgendwie gefährdet zu haben. China hat uns das in Frage kommende Gebiet für die Dauer von vorläufig 99 Jahren verpachtet, und hinter ihm noch eine neutrale Zone abgegrenzt. Der Pazifik ist durchaus unerheblich. In Konzessionen sind uns erteilt eine für eine Bahn von Kiautschau nordwärts und dann westwärts bis zum Anschluß an das geplante große chinesische Eisenbahnsnetz, ferner eine zur Ausbeutung von Kohlenlagern. Kiautschau hat von allen Häfen die günstigste Lage und ein gutes Klima. Für Eisenbahnen rechnen wir auf die Mithilfe des deutschen Privatkapitals. Wir werden ohne Ueberhastung, aber auch ohne heimliche Engbrügigkeit dort vorgehen; wir werden vorgehen wie die Maffebäder, in der einen Hand das Schwert, in der anderen die Axtel und den Spaten. (Beifall rechts.)

Unterstaatssekretär v. Nitschke erwidert dem Abg. Richter, daß Deutschland nicht in die Lage kommen könne, für die chinesische Anleihe eine Garantie zu übernehmen.

Direktor im Auswärtigen Amt Reichardt: Das Abkommen zwischen China und Rußland, wonach die auf dem Landwege eingeführten Waren 1/2 weniger an Zoll zu zahlen haben als die auf dem Seewege eingeführten, besteht und ist uns bekannt. Das Prinzip des Abkommens ist kein extraordinäres und stört zunächst unsere Interessen nicht.

Abg. Bebel (Soz.): Bevor ich auf die ostasiatischen Fragen eingehe, muß ich auf den Prozeß Lühow und seine Folgen zu sprechen kommen. Auf meine Rede, die ich hier am 5. Februar v. J. hielt, wurde ich von Untersuchungsrichtern geladen und über die sogenannten Hintermänner vernommen. Ich sagte, genau so, wie ich es hier im Reichstage gethan, daß ich darüber keine Thatsachen mitzuteilen hätte, sondern nur politische Schluss-

folgerungen zöge. Ich wurde dann im Prozeß gegen Lühow und Lühow als Zeuge vernommen und sagte darüber dasjenige. Rummehrer liegt die stenographische Aufnahme der Prozeßverhandlung vor. Ich sehe, daß der Oberstaatsanwalt Drescher darin in Bezug auf mich gesagt hat, er habe mich nur zu dem Zwecke als Zeuge vorgeladen, um den Geschworenen zu zeigen, wie anders die Situation eines Mannes ist, der von der Tribüne des Reichstages spricht, als die Situation eines Zeugen, der vor der Barre des Gerichts steht. Es hätte so ausgesehen, als wenn ich ein ungeheures Beweismaterial besäße. Vor dem Gericht aber habe es sich herausgestellt, daß ich nur Vermutungen hätte. Gegen diese Darstellung verweigere ich mich. Ich habe weder damals noch später behauptet, daß mir bestimmte Thatsachen bekannt seien. Was ich aber damals gesagt, ist, daß Normann-Schumann in seiner amtlichen Thätigkeit unter Herrn v. Lühow über intime Vorgänge am Hofe in belebiger Weise für den Kaiser, Marschall und Capriol im Memorial Diplomatique berichtet habe. Normann-Schumann hat mich darauf des Meineids beschuldigt und ebenso auch Herrn v. Marschall. Gegen diese ist kein Verfahren eingeleitet worden, wohl aber gegen mich. Die Oberstaatsanwaltschaft ist aber genötigt gewesen, die Denunziation gegen mich nach allen Richtungen als falsch zu bezeichnen. Ja, sie hat durch meine Aussage erst erfahren, was ihr die politische Polizei nicht mitteilen konnte, daß Normann-Schumann der Verfasser der belebigen Artikel im Memorial Diplomatique gewesen ist. Ich bin also in die für einen Sozialdemokraten eigentümliche Lage geraten, durch meine Aussage Anlaß zu einem Majestätsbeleidigungsverfahren gegen einen Beamten zu geben. Gegen die Darstellung des Oberstaatsanwalts Drescher im Lühowprozeß aber verweigere ich mich nochmals auf das entschiedenste.

Ich komme jetzt zu dem Punkte, der uns vorher beschäftigte. Die Debatte steht ja in Verbindung mit den Erörterungen des Reichstages über Weltpolitik vor zwei Jahren. Ich machte damals darauf aufmerksam, daß Deutschland nun wirklich in die Bahnen der Weltpolitik eintreten solle. Daß nun diese Weltpolitik zuerst in China zum Ausdruck kam, konnte nicht verwundern. Wir hatten schon früher wiederholt gehört, wie aus der Mitte des Hauses heraus die Notwendigkeit betont wurde, eines Tages in China festen Fuß fassen zu müssen. Religiöse und ethische Momente, die der Herr Staatssekretär auch heute wieder hervorgehoben hat, spielen jedoch dabei am allerwenigsten eine Rolle; lediglich materielle Interessen kommen hier in Frage. Es ist ja zweifellos, daß die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Ländern immer schwieriger wird, wenn der Markt schließlich so eng geworden ist, daß er die ungeheure Masse der Produkte nicht mehr fassen kann. Wenn also in einem solchen Falle nicht neue Absatzgebiete eröffnet werden, ist eine ungeheure Stauung unvermeidlich. Daß also ein Land von der immensen Ausdehnung, wie China, der europäischen Industrie eröffnet wurde, lag im Interesse Deutschlands und insbesondere der deutschen Kapitalisten.

Inwiefern ist ja ihr Vorgehen auch ganz verständlich, zu tadeln ist dabei nur die Art und Weise, wie man zu Werke geht. Wir halten es für nötig, diese Veranlassung etwas näher ins Auge zu fassen. Bekanntermachen war die Ursache die Ermordung zweier deutscher Missionare. Daß dafür Genugthuung gefordert wurde, ist ganz selbstverständlich, aber die natürliche Art des Vorgehens ist doch da, daß bei der fremden Regierung zuerst angefragt wird, ob sie gewillt sei, Genugthuung zu geben. Erst wenn diese sich weigert, Genugthuung zu geben, ist man berechtigt, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gegen sie vorzugehen. In dieser Weise ist aber nicht vorgegangen worden. Man ist, trotzdem man wußte, daß China bereit war, jede Genugthuung zu geben, ohne weiteres dazu übergegangen, die chinesischen Truppen aus Kiautschau zu verjagen und Kiautschau zu besetzen.

Das ist eine Handlungsweise, die ich ungefähr mit jener gleichstellen möchte, die vor zwei Jahren ebenfalls im Reichstage erörtert wurde, ich meine den Einfall Jamesons in Transvaal. Damals ist vom deutschen Kaiser jene berühmte Depesche abgesandt worden, die die Eingeborenen aufforderte, sich kräftig des fremden Eroberers zu erwehren. Was würde man dazu gesagt haben, wenn aus Anlaß unseres Vorgehens eine fremde Regierung ein ganz ähnliches Telegramm an China gesandt hätte, mit der Aufforderung, sich das nicht gefallen zu lassen!

Daß wir für die Dienste, die wir im Verein mit Frankreich und Rußland China im japanisch-chinesischen Kriege geleistet haben, eines Tages einmal eine entsprechende Vergütung bekommen würden, das war wohl zu erwarten. Die Nachricht von der gewaltsamen Besitzergreifung Kiautschaus hat aber in China große Aufregung verbreitet, die sich noch steigerte, als die deutsche Regierung Schritte that, um in China eine entsprechende Flotte zusammenzustellen, und dann jene Abschiedsrede gehalten wurde, die so ungenügend ausfallen konnte. Jenes ganze Vorgehen war bei der damaligen Lage der Dinge meines Erachtens vollkommen überflüssig, und nicht nur überflüssig, sondern im höchsten Grade schädlich. In jener Rede hieß es: sollte es darum irgend jemand unternehmen, uns in unserem guten Recht zu verletzen, so fahre hinein mit gepanzerten Faust u. s. w. Ja, ach, mit unserem Recht in Ostasien sah es doch sehr windig aus! Wenn die Chinesen den

Einfall Deutschlands mit Gewalt zurückgewiesen hätten, dann wären sie wohl in ihrem guten Rechte gewesen.

Daß die Ermordung der Missionare nur der Vorwand zum Einschreiten war, darüber ist sich doch alle Welt einig. Die Missionarermordung kam der deutschen Regierung sehr gelegen. Ja, wenn man frivol sein wollte, könnte man sagen, wären die Missionare nicht so ermordet worden, hätte anders für ihre Ermordung gesorgt werden müssen. In der Rede des Prinzen Heinrich...

Präsident v. Bülow: Der Redner macht fortwährend Aeußerungen des Monarchen zum Gegenstand seiner Ausführungen. Das ist unzulässig.

Abg. Bebel (fortfahrend): Ich wollte eben von Prinzen Heinrich sprechen und beschränke mich darauf zu sagen, daß diese Rede dem Ansehen Deutschlands nicht förderlich und diese offizielle Einleitung des Tages nach China so unpassend als möglich war.

Nun haben wir heute gehört, daß die Befugung von Kiautschau für Deutschland eine Notwendigkeit gewesen ist, nachdem die übrigen Staaten ähnlich vorgegangen seien. Ich gebe dem Abg. Richter darin recht, daß die handelspolitische Bedeutung der Befugung Kiautschaus größer ist als die der Besitzergreifung unserer Kolonien. Während dort einfach unser Geld nutzlos verpulvert wird, kann es hier mit gewissem Nutzen verwendet werden. Ich glaube, daß deutsche Kapital in Ostasien nicht zu Schaden kommen.

Ob dabei gleichzeitig für den Arbeiter irgendwelcher Nutzen herauspringen wird, bleibt abzuwarten. Vorläufig werden wir auch hier große Gelbtaufwendungen machen müssen für Bauten, Befestigungen, Baggen u. s. w. Ob der materielle Vorteil mit diesen Ausgaben gleich in Einklang zu bringen sein wird, ist mir auch noch zweifelhaft, ich hege da großes Mißtrauen.

Die Gefahr besteht jedenfalls, daß, wenn wir dort europäische Industrie einführen, sich in China selbst eine gefährliche Konkurrenz entwickeln wird. Der Chinese ist anspruchslos, arbeitsam und schunzig, sagte Herr von Bülow in der Kommission. Den Schmutz wird ihm die Zivilisation abgewöhnen, den Fleiß und die Anpruchslosigkeit werden aber die deutschen Unternehmer sicher zu erhalten tradieren, sie sind ja unglücklich, daß die deutschen Arbeiter nicht so anspruchslos sind. Daß die Befürchtung einer gefährlichen Konkurrenz aus China für Europa berechtigt ist, das zeigt doch das Beispiel Englands und Indiens in der Baumwollindustrie. In England ist diese Industrie fast vernichtet, die Arbeiter dieser Branche nagen am Hungertuch und sind mattsüchtig. Es ist doch gar nicht daran zu denken, daß wir die chinesischen Kohlen nach Europa bringen. Nein, es wird dort mit diesen Kohlen und mit Hilfe europäischer Arbeiter eine eigene Industrie ins Leben gerufen werden und die Chinesen werden diese Industrie nachahmen. Schon heute haben deutsche Industrielle Besorgnisse wegen ostasiatischer Konkurrenz. Wenn sich auch deutsche Eisenindustrielle, Lokomotivbauer, Waggonfabrikanten freuen und den Tag der Erschließung Chinas kaum erwarten können, so sind bei den Textil- und Seidenindustriellen schon starke Besorgnisse vorhanden. Auch die Baumwolleneinfuhr hat in China selbst zugenommen. Sie kommt von Japan und ist im letzten Jahre um weit mehr als 100 Proz. gestiegen und beträgt viermal soviel als nach der ganzen übrigen Welt. Ich meine also, eine Erschließung Chinas wird die Konkurrenz, die uns heute schon Sorgen macht, noch wesentlich erhöhen.

Das läßt uns doch die Thatsachen in einem wesentlich anderen Lichte erscheinen, als in der Beleuchtung des Herrn Staatssekretärs. Wir müssen ferner in Erwägung ziehen, und wir können uns hierbei auf Männer berufen, die in der Kolonialpolitik einen Namen haben, daß die Chinesen ausgezeichnete Kaufleute sind, man behauptet, daß sie die besten Kaufleute der Welt sind. Das allein sollte uns veranlassen, an unsere Handelsoperationen nicht mit zu großer Zuversicht heranzugehen.

Ein anderer Grund, der uns Sozialdemokraten bestimmt, uns dieser ganzen Entwicklung gegenüber ablehnend zu verhalten, ist folgender: Die Politik, die die Regierung mit dieser Erweiterung des Außenhandels verfolgt, steht im Widerspruch zu der Politik, die Deutschland im Inland verfolgt. Die Vorbedingung für unseren äußeren Handel ist, daß Deutschland seine Waren so billig als möglich auf den Weltmarkt bringt. Um das zu ermöglichen, wird das deutsche Publikum gezwungen, dieselben Produkte zu hohen Preisen zu kaufen, die auf den Weltmarkt zu Schleuderpreisen geworfen werden. Eine Deputation, die von englischen Industriellen nach Deutschland gesandt war, um herauszufinden, aus welchen Gründen die deutsche Industrie der englischen gefährlich sei, hat nach ihrer Rückkehr in England erklärt, daß Deutschland auf dem Weltmarkt die Waren mit Verlust abgibt, und daß das deutsche Publikum das bezahlen muß.

Ich behaupte, daß der Erlaß des Grafen Kosobowsky (Unruhe „Gehört nicht hier“) in direkter Verbindung steht (Unruhe nimmt zu) mit der ausländischen Politik. (Erneute Zwischenrufe. Vicepräsident Schmidt erhebt sich bedeutungsvoll.) Auf der einen Seite soll mit allen Mitteln bewirkt werden, daß Deutschland billige Massenprodukte auf den Weltmarkt bringt, auf der anderen Seite soll es dem Arbeiter unmöglich gemacht werden, durch Koalitionen sich bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Daselbst gilt von unserer Agrarpolitik, durch die alles

Die Entdeckung des Rheingoldes aus seinen wahren Desorationen (Leipzig, Konstantin Wilks Verlag, 1896) für gänzlich Befestigung des praktilablen Regenbogens eintritt und den Einzug der Götter in Walhall durch gemalte Figuren, die dann in vernünftige Perspektive gerückt werden könnten, dargestellt wissen will. Es wäre vielleicht gar nicht übel, wenn bei einer bald nötig werdenben Neuausstattung der Rheingoldbefeaktionen die Vorschläge Wirths berücksichtigt würden. Jedenfalls aber möchte ich Herrn Oberregisseur Goldberg raten, die genannte Schrift genau zu studieren, er würde dann vielleicht auch erkennen, wie wichtig eine richtige Gruppierung der Darsteller und wie groß die Aufgabe des Regisseurs gerade im Rheingold ist, und wie wenig die Regie an unserer Opernbühne ihrer Aufgabe gerecht wird.

Die Aufführung der Walküre war viel besser als die des Rheingoldes. Der Bericht darüber folgt morgen H. M.

Berliner Theaterbrief. Aus Berlin wird uns vom 6. Febr. geschrieben: Am 4. d. M. wurde im Lessingtheater das vieraktige Lustspiel: Das grobe Hemb von G. Carlweits, einem jüngeren Wiener Schriftsteller, zum erstenmal gegeben. Der Inhalt des Stückes dürfte den Lesern noch aus dem Bericht über die Leipziger Aufführung im Juli vorigen Jahres in der Erinnerung sein: ein Wiener Millionär und Spießbürger kuriert seinen Sohn von den ihm anhaftenden sozialistischen Ideen, indem er sich plötzlich als verarmt anstellt und dem entarteten Sprößling das „grobe Hemb“ überzieht, b. h. ihn die Freuden des Proletariatslebens an eigener Leibe kosten läßt. Das in Wien viel bewunderte Stück soll eine Satire auf den „Salon-Sozialismus“ sein, der dort, wie man sagt, unter den Vertretern der „goldenen Jugend“ seit einiger Zeit Mode ist.

Ich bin nun der Meinung, daß eine solche Satire zunächst völlig despektiert ist. Unter den Millionärsöhnen dürften diejenigen wohl kaum die schlechtesten und lächerlichsten sein, die ihre Zeit nicht ausschließlich mit ritterlichen Zerstreuungen hinbringen, sondern Lust haben, über ernste Dinge, wie die sozialen Fragen, nachzudenken. Und wenn das Ergebnis ihres Nachdenkens auch noch so thöricht ist, wenn die dadurch gewonnene Weltanschauung auch noch so sehr den Spottnamen „Salon-Sozialismus“ verdient: ich meine doch, daß diese jungen Leute immer noch etwas höher stehen, als ihre Standesgenossen, deren Interessen über Sport, Spiel und Weiber nicht hinausgehen. Und dann: was soll das erfolgreiche Ansehen des „grobe Hembes“ eigentlich beweisen? Wenn ein junger Mensch, der in Wüthgang und Luxus aufgewachsen ist, nicht die Fähigkeit

Kleine Chronik.

Leipzig, 9. Februar.

Neues Theater. (Das Rheingold von Richard Wagner.) Diese Woche bringt uns wieder einmal den Ring. Das ist erquicklich. Hoffentlich handelt es sich bei diesen Vorstellungen nicht nur um eine profanisch-geschäftsmäßige Abwicklung, sondern um eine wirklich künstlerische Lösung der Aufgabe. Leider ließ das Rheingold manches zu wünschen übrig. Herr Schütz sang den Wotan, wie in den früheren Aufführungen, mit schönem Verständnis, und wenn es ihm nicht überall gelang, die hehre Gestalt des Gottes so darzustellen, daß seine Erhabenheit und Würde sofort in die Augen springt, so liegt das zum großen Teil mit an der mangelhaften Regie, die sich gestern noch unliebsamer fühlbar machte als gewöhnlich. So würde Herr Greder als Donner vielleicht nicht unfreiwillig Komisch gewirkt haben, jedenfalls wenn er seinen übermäßig schweren Kammer hoch, wenn die Regie durch überschicklere und sinngemäßere Anordnung der Gruppen besser ihres Amtes gewaltet hätte. Der Froh des Herrn Degen macht einen — obgleich er die kleine Rolle korrekt singt — doch wenig froh; es fehlt ihm alle Verzückung. Für den erkrankten Herrn Merkel war Herr Calliga vom herzoglichen Hoftheater in Dessau als Loge eingetragenen. Die Rolle gewann nicht dadurch. In der Gesangs- und Darstellungsweise des Herrn Merkel lassen sich bekanntlich viele Ausstellungen machen, aber gerade in der Rolle des Loge, in die er sich in der letzten Zeit immer besser hineingelebt hat, treten diese Mängel mehr in den Hintergrund. Herr Merkel ist mit der Zeit ein guter Loge geworden. So machte sich der Abstand zwischen dem Gast und dem einheimischen Sänger sehr fühlbar. Das Organ des Herrn Calliga ist spröde und wenig biegsam, sein Spiel ist eifrig. Sein Vortrag ist zu wenig pointiert.

Herr Schelper war der einzige, der mit seinem Ueberich von ersten bis zur letzten Note die Zuhörer fesselte. Er ragte so über die anderen Mitwirkenden hervor, daß der Ueberich fast die Hauptrolle des Stückes erschien. Daß die Verwandlungen so wohl wirkten, liegt an der unvollkommenen Bühnenausstattung. Wie prächtig ausgearbeitet Schelpers Ueberich ist, das hat man erst, wenn man die herkömmliche Szene mit den Rheinern im Geiste neben die hochtragische Fluchtscene hält und den beiden beiden Aufgaben gleichgewachsen findet. Beide ver-zieren in der denkbar besten Weise. Als Falot sollte Herr

Ulrici die zu täppisch verlebte Art des ungeachteten Kerls stärker hervorstechen suchen. Der Fajner des Herrn Hiller war schärfer und zutreffender charakterisiert. Doch hätte Herr Hiller jenen Geistesgegenwart besitzen sollen, die bei seinem Abgang dem großen Saal entfallenden Goldgeräte noch zusammenzuraffen, anstatt daß die großen Stücke widerwärtigerweise bis zum Ende der Vorstellung liegen blieben, während die unerfindlichen Insohde um den kleinen Ring geizelt hatten.

Frl. Vener gab die Frigga hoheitsvoll; doch sollte sie im Vortrag auf etwas bessere Aussprache der Konsonanten achten. Die Freia liegt Frl. v. Köhden gar nicht. Sie ist viel zu hart in ihrer Erscheinung und in ihrem Gesang. In ihren Schwermutausdrücken wirkt sie zu grell. So kann man sich die Spenderin der ewigen Jugend verlebend Kessel nicht vorstellen. Die Erda des Frl. Osborne war etwas eintönig. Die Rheindötter waren, wie gewohnt, mit den Damen Baumann, Kerue und Osborne trefflich besetzt.

Das Orchester unter Leitung Panzers erfüllte seine Aufgabe sehr gut. Nur kam mir die erste Rheindöttercene etwas gehetzt vor; während das Gewitter wieder zu breit, zu langsam genommen wurde. Es scheint mir fast, als ob das Gewitter deshalb etwas verlangsamt würde, damit für die Fertigstellung des Regenbogens die nötige Zeit gewonnen werde. So übt dieses abscheuliche Regenbogenungeheuer, das uns stets die ganze Schlußscene des Rheingoldes verdirbt, schon in voraus seinen unheilvollen Einfluß aus. Dieser Regenbogen ist wirklich der wunder Punkt unserer Rheingoldaufführungen. Er ist nicht nur unschön und plump und in unnötigen Farben gehalten und spricht jeder Perspektive Hohn, sondern er erscheint auch als ein Naturwunder bei stückender Nacht. Erst allmählich hellt sich dann der Hintergrund spärlich auf. Gestern trat dabei noch eine besonders schöne Nuance zu Tage, in dem die ganze Anleghenheit so ungeschickt beleuchtet war, daß sich auf dem Hintergrund noch ein zweites helles Kreissegment, gleichsam noch ein Bogen abzeichnete. Nun ist es aber bekanntlich eine der ersten Anforderungen, die man an eine gut eingerichtete Bühne stellen kann, die, daß alle derartigen „falschen Schatten“ aufgehoben werden, denn sonst erzielen wir schließlich ähnliche Wirkungen wie auf einer mit Desquayen beleuchteten Dorfbühne, wo sich die Darsteller manchmal auch so interessant auf den Bergen und dem Himmel des Hintergrunds in ihren Schattenrissen abzeichnen. Unter diesen Umständen möchte man dem geistvollen Leipziger Schriftsteller und Wagnerausleger Woth Wirth beistimmen, der in seiner sehr lesenswerten Schrift:

aufgehoben wird, um dem Arbeiter die Lebensmittel so teuer als möglich zu machen: Das ist ein Widerpruch, der auf die Dauer in unserer Politik nicht aufrecht zu erhalten ist.

Zum Schluss noch eines, das uns auch gegen die auswärtigen Nationen einnimmt: Wir sind gar nicht sicher, daß die chinesischen Arbeiter nicht auch auf deutschem Boden als Konkurrenten der deutschen Arbeiter auftreten werden. Der Gedanke ist bereits früher wiederholt aufgetaucht, und wird neuerdings, wenn auch schwächer, wieder propagiert. Ich habe die Gewißheit, daß wenn einmal Ernst damit gemacht wird, ein Sturm der Entrüstung von der gesamten deutschen Arbeiterkraft, ohne Unterschied der politischen und religiösen Überzeugung, ausgehen wird. Wir wissen, daß der chinesische Arbeiter trotz des neuen Militärs in denselben Stadium der Bedürfnislosigkeit verharret, wie vor seiner Einwanderung, und daß er dadurch seine europäischen Konkurrenten tot macht. Wir wissen auch, daß dieselben Männer, die jetzt den Mund so voll nehmen mit ihrer deutsch-nationalen Empfindung, als Patrioten, als Bloniere deutscher Kultur und Eigenart, daß diese Männer stets Arbeiter aus Gallien, aus Italien, aus Rußland hunderttausendweise einzuführen bestrebt sind. Und mit einer solchen Politik; die auf Vernichtung des deutschen Arbeiterstandes abzielt, werden wir uns freilich nie einverstanden erklären können. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Kardorff (Reichsp.): Der Abg. Bebel hat seine Kenntnis von der Zunahme der Industrie in China offenbar den Berichten eines bekannten Umetallisten entnommen. Es ist aber eine ausgemachte Thatsache, daß die für uns verhängnisvollen Zustände nur eine Folge des niedrigen Silberpreises sind. (Heiterkeit.) Im übrigen hat der Arbeiter an unserer ostasiatischen Politik das selbe Interesse, wie der Unternehmer, da, wie Abg. v. Stumm selbst erklärt hat, die Arbeiterlöhne mit der Erweiterung der Industrie wachsen. Der Zug nach Rußland hat lebhafteste Sympathien im Volke hervorgerufen. Man fühlt allerorten: Das ist alter Bismarckscher Geist. Es geschieht wieder etwas. Es wird wieder gehandelt. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. Lieber (Centr.): In der Kritik der kaiserlichen Rede folge ich dem Abg. Bebel nicht; das verdient gute alte parlamentarische Sitte. Dagegen muß ich erklären, daß Prinz Heinrich eine Wendung gebraucht hat, die die Gefühle zahlreicher religiös gesinnter Mitbürger verletzen müßte. Wir dürfen freilich nicht vergessen, daß er vor einer langen und gefährlichen Reise stand.

Die Besitzergreifung von Kaukasus betrachten meine Freunde als eine dankenswerte That. Natürlich muß dort, soweit das Privatinteresse in Frage kommt, auch das Privatkapital besonders herausgehoben werden. Einen besonderen Dank will ich dem Herrn Staatssekretär noch aussprechen für den wirksamen Schutz, den er unseren Missionsgesellschaften angeblich lassen will. (Beifall.)

Abg. Dr. Wirth (freis. Vg.): Deutschland hat ein Interesse an einem Abzugsbereite in Ostasien. Die Geldausgaben, die mit der Befestigung Kaukasus verbunden sind, können uns daher nicht zurückreden. Die deutsche Industrie kann mit der anderer Länder ruhig überall in Konkurrenz treten. Ich möchte aber heute noch den Herrn Staatssekretär um Auskunft über den Stand der kretischen Frage bitten.

Staatssekretär Tirpitz erwidert dem Abg. Lieber, daß es dem Prinzen Heinrich durchaus fern gelegen habe, jemand in seinen religiösen Gefühlen zu verletzen.

Staatssekretär v. Bülow: Dem Abg. Wirth will ich erwidern: Wir tragen schon dafür Sorge, daß Kreta nicht die Brandsackel in die europäischen Staaten schleudert. Wer das Vergnügen haben wird, diese interessante Insel als Gouverneur zu regieren (Heiterkeit), kann ich nicht sagen. Wir werden den Mohammedanern auch Rechnung tragen, der Friede ist aber doch noch wichtiger. Die bekannten Knochen des pommerischen Grenadiers (Heiterkeit) werden wir ebenso schonen wie die Häute unserer Matrosen. Wir werden unsere Stellung im europäischen Konzert bewahren, aber in einem Konzert spielt nicht jeder das selbe Instrument. (Heiterkeit.) Wir haben eben in Konstantinopel die Flöte fanstler diplomatischer Einwirkung geblasen (große Heiterkeit), und nicht ohne Erfolg. In einem positiven Druck auf die Spitze beteiligen wir uns nicht. (Sehr gut! rechts.) Gegen die Kandidatur des Prinzen Georg haben wir, wenn die Spitze einverstanden ist, gar nichts. Wenn aber Zwist entsteht, so legen wir ruhig unser Instrument hin und verlassen den Konzertsaal. (Heiterkeit.) Die Art, wie Griechenland seinen Verpflichtungen gegen deutsche Gläubiger nicht nachgekommen ist (Heiterkeit), machte uns allerdings nicht sonderlich geneigt, für Griechenland einzutreten. Wir können ihm nur den Rat geben: Comptes des fonds, et nous sommes amis, zu deutsch: Zahle deine Schulden, das übrige wird sich schon finden. (Große Heiterkeit.) Wenn ich mich auch nicht darüber freue, daß hinten weit in der Türkei die Völker aufeinander schlagen, so wünsche ich doch, daß jeder in Ruhe sein Glaschen trinken kann und segnen Frieden und Friedenszeiten. (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Hoffe (nat.-lib.): Die Besitzergreifung Kaukasus hat im wesentlichen zu wirtschaftlich-kulturellen Zwecken stattgefunden; in China selbst sind weite Kreise von ihr sehr befriedigt. Bei uns haben nicht die Kapitalisten allein, sondern auch die Arbeiter Vorteile von der Ausdehnung des Westmarktes. Die Gefahr der Einwanderung der Russen muß durch ein Einwanderungsgeßetz beseitigt werden. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch den 9. Februar 2 Uhr verlagert.  
Schluß der Sitzung 6 Uhr.

In der Budgetkommission wurde am 8. Februar die Beratung der Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern fortgesetzt. Auf Anfrage gab Staatssekretär Graf Posadowski eine Darlegung über die Maßnahmen gegen die Verschleppung der José-Schilblaus nach Deutschland, indem er sich eingehendere Mit-

teilungen für das Plenum vorbehielt. Mitleidig wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, einen Kollisionskrieg mit Amerika möglichst zu vermeiden. Seitens des Kommissars Dr. Moriz wurde mit Bestimmtheit versichert, daß der Schilling in Europa vorher noch nicht bekannt gewesen sei. — Die Einnahme aus der Tabak-, Zucker- und Salzsteuer wurden bewilligt. Die Beratungen werden am Donnerstag fortgesetzt.

### Aus dem Landtage.

r. Dresden, 8. Februar. Die Zweite Kammer verhandelte heute in der Schlussberatung über die von der Regierung vorgeschlagenen Änderungen der Gesindeordnung. Es handelt sich ausschließlich um Bestimmungen, wie sie durch das neue Bürgerliche Gesetzbuch notwendig sind und von denen die wichtigste der Befreiung des Zuchtungsrechtes der „Herrschaft“ ist. In den Motiven zur Vorlage hat die Regierung aber gerade nach der Richtung hin angedeutet, daß es nicht ausgeschlossen erscheine, daß das Zuchtungsrecht vom Vater auf die Herrschaft übertragen werden könne. (Trotz der entgegengesetzten klaren Bestimmung des Bürgerlichen Gesetzbuches!) Die Gesindeordnungsdeputation hat sich in ihrer Majorität allerdings auch gefast, daß man einer ausdrücklichen gesetzlichen Bestimmung Rechnung tragen und das Zuchtungsrecht bedingungslos aufheben muß.

Für die sozialdemokratischen Vertreter bot der Gegenstand wieder eine gute Gelegenheit, rücksichtslos die Interessen der als „Gesinde“ bezeichneten Arbeiter zu vertreten. Der Abg. Goldstein wies zunächst darauf hin, daß man sich auch diesmal wie vor sechs Jahren nicht herbeilassen habe, durchgreifende Reformen herbeizuführen. Für neuzeitliche Forderungen habe man absolut kein Verständnis. So müsse man den polizeilichen Zwang bezw. Zurückschiebung des Gesindes, wodurch die Freizügigkeit in hohem Grade beschränkt werde, fallen lassen. Der Kontraktbruch müsse auch hier wie in der Gewerbeordnung unter das Privatrecht gestellt werden. Die Herrschaft habe wohl das Recht, ihre Diensthöfen jederzeit gegen den Vertrag zu entlassen, wenn sie sich mit Geld abfinde. Dem Diensthöfen kann sogar Haftstrafe auferlegt werden, wenn er, weil er es nicht mehr aushalten kann, entläuft. Sie bleiben auch vom Koalitionsrecht unberührt. Da ist es dann kein Wunder, daß auch dem Lande über Arbeitermangel geklagt wird. Daran ist eben diese Freiheitsbeschränkung und der niedere Lohn von großen Teil schuld. Die Diensthöfen werden nach jeder Richtung als Menschen zweiter Klasse behandelt. Es fehlt an dem guten Willen, hier Änderung herbeizuführen. Für die wenigen Verbesserungen, die durch das Reich hier vorgeschrieben werden, müssen wir natürlich vorläufig auch stimmen. Sonst sind wir aber für Abschaffung der Gesindeordnung.

Gegen diese Ausführungen polemisierte zunächst der Abg. Kühlmorgen (konf.). Die Gesindeordnung habe sich bewährt. Mit dem polizeilichen Zwang und der Zurückschiebung sei es gar nicht so schlimm, da wir die Androhung meistens schon. Das Verhältnis zwischen Diensthöfen und Herrschaft sei ein ganz anderes, als wie das zwischen gewerblichem Arbeiter und Unternehmer; es habe gute persönliche Beziehungen zur Voraussetzung. Ein Normalarbeitslohn, wie er von „gewissen“ Parteien gewünscht würde, sei für die Landarbeiter nicht durchführbar. Ob man es befehlen könne, daß das Gesinde kein Koalitionsrecht hat, beweise er. Man könne da auf die Schattenseiten gelegentlich bei Streiks hinweisen. Die Herrschaft habe ja auch die oft recht schwere Pflicht, die Diensthöfen zu ernähren. (Bravo rechts.)

Der Abg. Goldstein gab auf diese Ausführungen sofort die gebührende Antwort. Es sei ganz erklärlich, daß die „Herrschaften“ mit der Gesindeordnung zufrieden seien. (Lachen rechts.) Das entspreche ja ganz den erst polizeilich-richterlich rücksichtslosen Gedanken von 1848. Von „persönlichen Beziehungen“ könne in der Landwirtschaft wenig oder gar keine Rede sein. Die Diensthöfen müßten oft bis 1/2 11 Uhr nachts arbeiten und dann sich noch bis spät in die Nacht hinhängen, um ihre armeneliche Habe zu reparieren. (Gelächter rechts.) Das wissen wir auch, daß für ländliche Arbeiten Ausnahmen gelten müssen, aber unter so entsetzlichen Bedingungen (Ordnungsruß) wollen Menschen eben nicht mehr arbeiten, deshalb verlangen wir eben das Koalitionsrecht für das Gesinde. Mit dem „Erzählen“ sieht es auch bei vielen Herrschaften verdammt windig aus; da sind die Diensthöfen oft gebildeter als die Herrschaften.

Der Abg. Behrens meinte, mit dem was, die Sozialdemokraten wollen, werde das „gleiche Recht für alle“ verfehlt. (Dunkel war der Rede Sinn.) Er habe es erlebt, daß ihm die Arbeiter von prästanzter Arbeit baueingekaufsen wären. Abg. Kühlmorgen meinte darauf, daß böse Herrschaften Ausnahmen wären.

Der Abg. Stolte führte an, daß man es von gewisser Seite am liebsten wieder dahin bringen möchte, daß der Gendarm das Recht habe, entlaufene Diensthöfen an den Schwanz des Pferdes zu binden, um sie zurückzubringen. Der Abg. Grünberg führte einige Beispiele an, wo die Herrschaften, weil sie tolerant sind, dann auch über Mangel an Leuten zu klagen haben.

Der Abg. Großmann gab seine Erfahrungen als Friedensrichter zum besten, und ist überzeugt, daß die Sozialdemokraten ihre „verheerenden“ Neben nur zum Fenster hinaus halten. (Ordnungsruß.) Die Bestimmungen der Gewerbeordnung seien in vielen Fällen für die „Arbeitsgeber“ ungerecht.

Der Abg. Goldstein konstatierte hierauf, unter ironischem Hinweis auf den „Friedensrichter“ Großmann, daß auch bei dieser Gelegenheit eine große Sehnsucht nach einer Beschränkung des Koalitionsrechtes an den Tag gelegt worden sei. Die Secmannsordnung von 1873, auf die sich Herr Kühlmorgen bezog, bezeichnete Redner als widerrechtlich, was ihm abermals einen Ordnungsruf einbrachte. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Abg. geordneten Kollfuh erklärte Minister v. Meßsch, daß der in den Motiven zur Vorlage ausgedrückte Gedanke, das Zuchtungs-

recht könne vom Vater auf die Herrschaft übertragen werden, nur eine Ansicht der Regierung sei. (.) Gegen die Sozialdemokraten erklärte der Minister ironisch, daß die Regierung allerdings noch nicht dahin gelangt sei, diesen bei ihrer gefeierten gesellschaftlichen Arbeit es recht zu machen. Den Tadel über schlechte Beschaffenheit von Diensthöfenräumen erkannte er als berechtigt an. Aber auch hier seien Regierung und Behörden schon helfend vorgegangen. Nach weiteren Bemerkungen der Abg. Hofmann, Grünberg, Schubarth und Herrfurth wurde die ganze Gesetzesvorlage einstimmig angenommen. Der Abg. Schubarth beehrte alle Genies, daß heute eigentlich die Diensthöfen die Herrschaften wären. — Das hat er jedenfalls aus den lustigen Blättern.

### Der Zola-Prozess.

Paris, 8. Februar.

Die Teilnahme des Publikums ist am heutigen Verhandlungstage noch größer als gestern. Erst 10 Minuten vor 12 Uhr werden die Thüren des Sitzungssaals geöffnet; sogleich stürzt sich eine dichtgedrängte Menge, welche sich seit etwa 2 Stunden in den Gängen des Gerichtsgebäudes gestaut hatte, in den Saal.

Als Zola um 11 1/2 Uhr eintrifft, kommt es in dem Wandelgange zu lebhaften, einander entgegengesetzten Kundgebungen. „Hoch Zola!“ ruft eine Anzahl Personen, „Nieder mit Zola!“ rufen andere kräftig dagegen. Zola, der von seinem Verteidiger Labori und von Georges Clémenceau begleitet ist, macht sich aus der Menge los und gelangt in den bereits nahezu vollen Saal.

Hier herrscht ein ohrenbetäubendes Getöse; zeitweise ist es den mit dem Ordnungsdienste betrauten Beamten unmöglich, die Ordnung aufrecht zu erhalten.

Endlich um 12 1/2 Uhr wird die Sitzung eröffnet, es tritt Ruhe ein und der Präsident schreitet zur Verlesung eines Schreibens des Majors Esterhazy. Dieser sagt darin, er sei, nachdem ihn Mathieu Dreyfus des Hochverrats angeklagt hatte, vom Kriegsgerichte einstimmig freigesprochen worden. Heute nun erhalte er ein Schreiben eines Privatmannes, Emile Zolas, der ihn als Zeuge lade. Er glaube, daß er der Vorladung nicht zu entsprechen brauche. Hierzu bemerkt der Verteidiger Labori: Major Esterhazy ist gestern hier gewesen; heute hat er sich eines anderen besonnen. Ein starkes Gefühl von Rüksicht hat uns zu der Ansicht gebracht, daß wir Major Esterhazy hierher berufen müssen.

Auch Clémenceau als Verteidiger des zweiten Angeklagten besteht auf Esterhazys Vorführung.

Der Gerichtshof beschließt, entsprechend den Anträgen der Verteidigung, die Vorladung Boissdres, Merciers, Patys und Esterhazys. Sodann beginnt das Zungenverhör.

Als erster Zeuge wird Frau Dreyfus vernommen. Der Vorsitzende richtet an den Verteidiger Labori die Anfrage: Welche Frage wünschen Sie zu thun? Labori, sich an Frau Dreyfus wendend: Was denken Sie, Madame, von der Unrichtigkeit Emile Zolas und können Sie uns sagen, unter welchen Umständen Sie im Jahre 1894 durch du Paty de Clam Kenntnis von der Verhaftung Ihres Gemahls erhielten? Der Präsident erwidert: Ich kann diese letztere Frage nicht zulassen. Emile Zola erhebt sich und sagt: Meine Herren, ich verlange einfach behandelt zu werden wie Mörder und Diebe. Diese haben immer das Recht sich zu verteidigen und mir wirft man die Fenster ein. Man verhöhet mich, man beleidigt mich auf der Straße, eine unsaubere Presse zieht mich in den Schmutz. Ich will meinen Beweis liefern und man verweigert mir dies! Sehen Sie, meine Herren Geschworenen, welche Lage mir beiseht wird! Ich will meine Zeugen vernehmen lassen und man lehnt sich dagegen auf. Der Vorsitzende wendet sich an Zola: Aber kennen Sie das Gesetz, Herr Zola? Antwort: Nein, ich kenne es nicht und will es für den Augenblick nicht kennen. (Großer Lärm im Auditorium.) Labori (eingreifend): Ich werde nun die Anträge vorbringen bezüglich der Fragen, die ich zu stellen habe. Präsident: Stellen Sie Anträge, wenn Sie wollen, aber ich werde meinerseits keine Fragen zulassen, die mit den in der Vorladung enthaltenen Anklagepunkten nichts zu thun haben und die geeignet wären, eine Revision der Dreyfus-Affaire, über die nach dem Gesetz abgeurteilt ist, herbeizuführen. Da sagt Labori: Angesichts der Obstruktion, die man uns macht (Anse: Nein! Nein! Jawohl! Jawohl!) und in unser aller Interesse bitte ich den Präsidenten, uns angeden zu wollen, welche Mittel wir anwenden sollen. Der Präsident erwidert: Das ist nicht meine Sache (Lachen im Auditorium), stellen Sie Ihre Anträge, und der Gerichtshof wird dieselben prüfen. Die Verhandlung wird unterbrochen, um dem Verteidiger Zeit zu lassen, seine Anträge zu formulieren. Im Saale herrscht die größte Aufregung.

Die hauptsächlichsten Fragen an Frau Dreyfus, die Labori zu stellen beantragt, sind folgende: Glauben Sie nach dem, was Sie davon wissen, daß das gegen Ihren Vatten geführte Ermittlungsverfahren gefehlt oder ungenügend war? Wollen Sie uns von dem ersten Besuch erzählen, den der Major du Paty de Clam in ihrer Wohnung machte? Welche Personen waren dabei anwesend? Brachte nicht du Paty de Clam bei dieser Gelegenheit die größten Beleidigungen gegen Ihren Vatten vor? Versuchte du Paty de Clam ihn nicht durch verhängliche Mittel zu Geständnissen zu bewegen während des Laufes der Ermittlungen nach seiner Verurteilung? Hat Ihr Vatte nicht immer gesagt, er sei das Opfer einer unerklärlichen Mordmordation? Der Gerichtshof lehnt sämtliche Anträge der Verteidigung ab. Nach Madame Dreyfus wird Advokat Lebsois vernommen. Lebsois sagt uns, sein Freund Oberst Picquart sei durch Drohbrieife zum Zwecke seiner Verteidigung veranlaßt worden, ihm gewisse Dinge über die Dreyfus-Angelegenheit zu erzählen. Er sei durch das, was er erfahren habe, sehr beunruhigt gewesen und habe nun seine Erfindungen eingezogen. Senator Scheurer-Kestner habe gewußt, daß er — Lebsois — informiert sei, und ihn gebeten, ihm Aufklärung zu geben über das, was er erfahren habe. Er habe darauf Scheurer-Kestner von den Briefen gesprochen, die General Gouze an Oberst Picquart gerichtet hatte. Scheurer-Kestner habe diese Briefe gelesen, und sei von da an von der Ansicht Dreyfus' überzeugt gewesen und seitdem auch von dieser Ansicht nicht abgewichen. „Ich unterbreite“, fährt Lebsois fort, „Scheurer-Kestner nun die Idee, den Justizminister zu einem Nichtigkeitsverfahren wegen des Prozesses von 1894 zu veranlassen, weil dem Kriegsgerichte ein geheimes Schriftstück mitgeteilt worden sei. Scheurer-Kestner that sich bei der Regierung. Picquart setzte ihn von den gegen ihn Picquart — gesponnenen Antrieben in Kenntnis, er sei Scheurer-Kestner von den nach Tunis gerichteten, „Sperr“ unterzeichneten Telegrammen.

Als Oberst Picquart sich nach Tunis begab, begre-

besitzt, mit einem Schläge die Lebensgevoohnheiten eines Proletariats anzunehmen, und nicht im stande ist, plötzlich durch seiner Hände Arbeit sich und die Seinigen zu ernähren, so wird ihm das kein Mensch verübeln. Wenn man aber nach der Ursache der tragikomischen Hilflosigkeit des plötzlich verarmten Millionärsöhnes fragt, so bleibt nur die Antwort übrig: der Reichtum trägt die Schuld. Der Reichtum, auf dem die Erziehung und die Lebensführung des Vellagatswerten beruhten. Das große Heind soll aber gerade die Strafe dafür sein, daß der junge „Hausheerrufshn“ den Reichtum und seine sozialen Folgen geschmährt hat! Kurz, die Satire des Herrn Karlweiss verfehlt ihr Ziel durchaus, seine Komödie beweist gerade das Gegenteil von dem, was sie beweisen soll. Die ordinäre Gefinnung und die Gefählslosigkeit, die aus zahlreichen Stellen spricht, macht das dumme Stück noch besonders widerwärtig. Und diesen Herrn nennt seine Clique den „Wiener Aristophanes“! In der Darstellung des Stüdes glänzte der Wiener Komiker Rudolf Tyrsk, der in der Rolle des alten Schöllhojer mit großem, weitverdientem Erfolge auftriet.

In der heutigen Matinee des Neuen Theaters ging das dreaktige Schauspiel Die Komödie von Friedrich Ebogen, dem bekannten Wiener Rechtsanwält, zum erstenmal in Szene und wurde, mit Marie Reichenhofer in der weiblichen Hauptrolle, sehr beifällig aufgenommen.

J. S. (Ebogen ist ein anarchistisch-plonistischer-sozialistischer-unabhängiger, niebscheanisch-ethischer Herr. Red.)

— Gineingefallene Denunzianten. In Hirschberg ließ eine Frau bei ihrem Hauswirt, einem Handelsmann, aus Verger über die Kündigung, während der Kirchensitz ein Pfund Salz holen und zeigte ihn dann an. Der Händler erhielt einen Strafbescheid über 3 Mk., die Denunziantin, als Berleitetin zur Uebertretung, einen über 6 Mk.

Aehnlich ging es einem Ehrenmann in Mühlhausen, der einen Knaben veranlaßte, während des Gottesdienstes bei einem

Uhrmacher eine Schuur zu kaufen und den Uhrmacher dann anzeigte. Das Verdict verurteilte den Uhrmacher wegen Uebertretung zu 5 Mk. Geldstrafe, den Denunzianten aber wegen Aufstiftung zur Uebertretung zu 60 Mk. Geldstrafe, wobei es bedauerte, daß es für eine so gemeine und niederträchtige Gefinnung keine Freiheitsstrafe gebe.

Ein edler Schuhmachermeister Lohmüller aus Thann hatte den Zimmermeister Braun in Tegernsee wegen Majestätsbeleidigung denunziert. Die Verhandlung ergab die völlige Grundlosigkeit der Denunziation, und nun ist der edle Lohmüller wegen falscher Anschuldligung 4 1/2 Monaten verdonnert worden.

gm. Klamm für den großen Dichter Lauff. Es ist in Oesterreicher Parlamenten vieles möglich. Jetzt hat man gar im böhmischen Landtage die Dichtung des Herrn Lauff ernst genommen, der Artilleriehauptmann und Poet dazu ist. Der jungstehende Abgeordnete Dr. Hippich hat es der Mühe wert gehalten, eine Blumenlese von Versen aus dem „Burggrafen“ vorzulesen, in denen die tschechische Nation beschimpft worden sein soll. Es kränkt ihn sehr, wenn es da heißt: „Du fragst ich längst ein drohenbes Gesicht und grüne Augen leuchten vom Hrabshin ins deutsche Feld, nach deutscher Beute gierig — das heißt ich frech — doch es ist Tschechenart.“ oder gar: „Dieser Tschechenkopf ist wie ein Frettchen bissig angefeilt, und solche Frettchen springen nach der Kehle.“ Noch mehr aber schmerzt es ihn, daß der österrreichliche Postkaffier ruhig der ersten Vorstellung beigewohnt hat; und er versteht sich zu der Anfrage: Gedenk die Regierung dahin zu wirken, daß für die Beleidigungen, die im Angesichte des Vertreters Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich, des Königs von Ungarn, des Königs von Böhmen u. den Völkern dieses Reiches, insbesondere den tschechischen Volke angethan wurden, in angemessener Weise Genugthuung gegeben wird? Und diese föhrtliche Aufregung wegen schlechter Verse, die nichts als den guten Geschmack beleidigen können.

Vorgesetzten ihm viel Sympathie, und es schien nicht, daß Picquart in Ungnade gefallen sei.

Nach Leblois wird Scheurer-Kestner vernommen. Der Präsident sagt: Sie sollen über die Affaire Esterhazy und nicht über die Dreyfus-Angelegenheit sprechen; über die wir nicht ein Wort hören wollen. Scheurer-Kestner erwidert: Ich habe erfahren, daß im September 1896 Oberst Picquart, der Direktor des Nachrichtenbureaus im Kriegsministerium, entdeckt hatte, daß man im Jahre 1894 sich gewünscht habe, indem man das Vorderamt dem Hauptmann Dreyfus zuschrieb. Ich erfuhr ferner, daß, als Oberst Picquart diese Entdeckung gemacht hatte, er den Sachverständigen Bertillon auffuchte. Als er ihm die Schrift vor Augen hielt, habe Bertillon ausgerufen: Ah! die Fälschung ist geklärt; das ist keine Fälschung, das ist die Identität. Oberst Picquart schlug alsbald seinem Vorgesetzten vor, eine Untersuchung anzustellen und andere Sachverständige zu vernehmen. General Gouze habe ihm davon abgeraten. Den Briefwechsel, der sich hierüber entsponnen hat, will Scheurer-Kestner zur Verlesung bringen. Der Präsident gestattete aber nur eine kurze Inhaltsangabe. Scheurer-Kestner citirt darauf mehrere Stellen aus Gouzes Briefen an Picquart. Unter anderem heißt es darin: „Auf dem Punkte, wo Ihre Untersuchung angelangt ist, handelt es sich nicht darum, Recht zu schaffen, sondern zu sehen, wie die Wahrheit ans Licht gebracht werden kann.“ Picquart habe hierauf erwidert, man müsse sich beeilen, denn wenn man warte, werde es schwierig sein, der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Scheurer-Kestner berichtet dann über die Unterredung, die er wegen der Dreyfus-Angelegenheit mit dem Kriegsminister hatte. Als er den Minister nach dem Beweise für die Schuld Dreyfus' gefragt habe, habe der Minister erwidert, Dreyfus sei schuldig, er könne ihm nichts anderes sagen.

Scheurer-Kestner erklärte schließlich, General Villot habe ihm versprochen, eine persönliche Enquete zu veranstalten, er, Zeuge, habe aber nichts davon gesehen.

Nach Scheurer-Kestner wird der frühere Präsident der Republik, Casimir Perier, vernommen. Im Saale herrscht große Bewegung. Der Präsident sagt zu dem Zeugen: „Sie sollen schwören, ohne Haß und Furcht die Wahrheit zu sagen.“ Wird aber von Casimir Perier mit den Worten unterbrochen: „Verzeihung, ich kann nicht schwören die Wahrheit zu sagen, weil ich sie nicht sagen kann. Es ist für mich eine Pflicht, sie nicht zu sagen.“ (Bewegung.) Der Präsident erwidert hierauf, das Gesetz verpflichte die Zeugen, zu schwören, sogar wenn es zu dem Zwecke sei, die Aussage zu verweigern. Advokat Labori fragt den Zeugen: „Können Sie uns sagen, ob Sie zur Zeit, da Sie Präsident der Republik waren, vor der Verhaftung des betreffenden Offiziers wußten, daß auf einen Offiziere des Generalstabes der Verdacht lag, daß er Verrat begangen habe, und welche Verdachtsgründe gegen ihn vorlagen?“ Der Präsident greift hier ein und sagt: diese Frage dürfe nicht gestellt werden. (Lärm.) Labori fragt den Zeugen nun, ob er gewußt habe, daß im Kriegsministerium ein geheimes Aktenstück existiere. Casimir Perier erwidert, er habe keine Kenntnis davon gehabt, daß ein Aktenstück Esterhazy existiere. Labori fragt: „Wissen Sie, wie es kommt, daß dem Kriegesgerichte ein geheimes Schriftstück mitgeteilt worden ist?“ Hierauf erwidert der Präsident des Gerichtshofes, diese Frage werde nicht beantwortet werden. (Erneuter Lärm.) Labori erklärte darauf, er werde dann seine Anträge stellen.

Casimir Perier erklärt zum Schluß seiner Aussagen: „Ich kenne die Thatfachen, die nach der Zeit meiner Präsidentenschaft liegen, nicht, und meine Pflicht wie meine verfassungsmäßige Unverantwortlichkeit würden mich hindern, etwas zu sagen. Aber ich bin hier als einfacher Bürger und stehe zur Verfügung des Gerichts.“ Labori erwidert: „Sie geben, Herr Präsident, ein dies Beispiel, dem andere weniger Hochgestellte, als Sie gewesen sind, nicht geglaubt haben, folgen zu sollen, da wir gezwungen gewesen sind, sie mit Gewalt hierher zu bringen.“

Labori beantragt, dem Zeugen folgende Fragen zu stellen: 1. Hat Casimir Perier gewußt, daß ein Offizier des Generalstabes des Verrats verdächtig war, und zwar hat er das vor der Verhaftung dieses Offiziers gewußt? 2. Hat er die Verdachtsgründe gekannt, die auf diesem Offiziere liegen? 3. Hat er gewußt, daß dem Kriegesgerichte in Abwesenheit des Angeklagten und seines Verteidigers ein geheimes Schriftstück mitgeteilt worden ist? 4. Wenn er es gewußt hat, zu welchem Zeitpunkt hat er es erfahren? 5. In moralischer Hinsicht und rein vom Standpunkte des guten Glaubens aus: „Wenn Casimir Perier erfahren würde, daß von irgend einem Gerichtshofe eine Verurteilung durch die Vorlage eines geheimen Schriftstückes erreicht worden ist, was würde er von einer solchen Handlung und von demjenigen, der die Verantwortung dafür zu tragen hat denken?“

Der Gerichtshof lehnt den Antrag ab, dem abtretenden Casimir Perier wird von allen Seiten applaudiert.

Es wird schließlich noch der Bankier de Castis vernommen, der in dem in den Zeitungen abgebildeten Vorderamt die Handschrift Esterhazys erkannt zu haben glaubt. Die Sitzung wird sodann aufgehoben. Beim Verlassen des Gerichtssaales wird Zola abermals Gegenstand fürwärtiger feindseliger Demonstrationen.

### Gerichtssaal.

#### Schöffengericht.

Leipzig, 7. Februar.

Der Streit gegen die Konsumvereine. Nachdem den Ämtern zuliebe für die Mitglieder der Konsumvereine die Legitimationskarte eingeführt, war es voranzusehen, daß durch Provokationen und Denunziationen den Verkäufern der Konsumvereine das Leben sauer gemacht würde. Einen Beweis für die Nichtigkeit dieser Annahme gab heute eine gegen die Verkäuferin Martha Majesky vor dem Schöffengericht geführte Verhandlung. Die M. ist in dem Schnittwarengeschäft des Konsumvereins L. Plagwitz in der Kolonnenadenstraße thätig und soll am Sonnabend den 11. Dezember an die Postsekretärsfrau Karoline Nüsse Emma Klemm einen Schlips für 40 Pfennige verkauft haben, ohne sie nach der Mitgliedschaft gefragt zu haben. Der Rat der Stadt hatte ihr dafür ein Strafmandat über fünfzig Mark oder fünf Tage Haft zugestellt, gegen das die M. Einspruch erhoben hatte. In der Schöffengerichtsverhandlung stellte sich heraus, daß die Anzeige von einem Kaufmann Salzmann, dem Bruder der Frau Klemm, ausging, der umweil der Filiale des Konsumvereins ein Geschäft hat, in dem er auch Schlipse verkauft. Frau Klemm bekundete als Zeugin, daß sie nicht nach der Mitgliedschaft gefragt worden sei und will die M. bestimmt als diejenige erkennen, die ihr den Schlips

verabsolgt hat. Sie will nicht gewußt haben, daß es ein Konsumvereinsladen sei und auch nicht von ihrem Bruder beauftragt worden sein, es sei vielmehr ihre Gewohnheit, Schlipse auch in anderen Geschäften zu kaufen, um zu sehen, ob ihr Bruder zu teuer verkauft. Auf wiederholten Vorhalt des Verteidigers und nachdem der Vorsitzende die Zeugin nachdrücklich auf die Folgen des Meineides hingewiesen hatte, räumte sie ein, daß ihr Bruder ihr gesagt habe, es sei ein neues Geschäft aufgemacht, er möchte gern einmal wissen, wie die die Waren verkaufen. Rein zufällig habe sie ihrem Bruder von dem Schlipskauf Mitteilung gemacht. Der Verteidiger Rechtsanwalt Krause stellte unter Beweis, daß Salzmann vor dem 11. Dezember sich beim Stadtrat Keil informiert und neben seiner Schwester die Frauen Rehm und Spexking beauftragt habe, im Konsumverein zu kaufen, obgleich sie nicht Mitglieder waren und daß Salzmann schon am 15. Dezember die Anzeige erstattet hat. Das Gericht lehnte diese Beweisangebote ab, ebenso die Verteidigung der Zeugin, da sie der Teilnahme an der strafbaren Handlung verdächtig sei. Einzelne Geschäftsstellen sind von Platzbeamten bis zu fünf Stunden lang beobachtet worden, ohne daß eine Uebertretung festgestellt werden konnte.

Der Amtsanwalt Dr. Schoenwald hielt trotzdem die Zeugin für durchaus glaubwürdig und beantragte das stadträtliche Strafmandat zu bekräftigen, da „festgestellt“ sei, daß schon seit langer Zeit in der Geschäftsstelle an Nichtmitglieder verkauft, und durch diesen Umgang andere Geschäftskente geschädigt worden seien.

Rechtsanwalt Krause zweifelte die Glaubwürdigkeit der Zeugin stark an und bezeichnete deren Treiben als die Thätigkeit eines agent provocateurs. Die Zeugin habe an einem Tage vor Weihnachten, wo der Verkehr im Geschäft ein sehr starker war, durch ihr sicheres Auftreten in der Angeklagten den Glauben erweckt, daß sie es mit einem Mitgliede zu thun habe. Es zeige aber auch von wenig Entgegenkommen, wenn der Rat bei der ersten Uebertretung nach dieser Richtung für den Verkauf eines Gegenstandes von 40 Pfennige Wert einer armen Verkäuferin ein Strafmandat über 50 Mark, das ist gleich einem Drittel des angebrohten Höchststrafmaßes, schicke. Er beantragte die Freisprechung.

Der Amtsanwalt nahm die Zeugin in Schutz und meinte, es sei ihr gutes Recht gewesen, in die Verkaufsstelle hineinzugehen, um sich Beweismaterial für die Uebertretung zu sammeln.

Rechtsanwalt Krause hielt es für sehr eigenartig, daß der Amtsanwalt, der doch dazu berufen sei, das Recht zu wahren, derartige Rechte der Zeugin einräumen wolle.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung. Der Gerichtshof hat den Angaben der Zeugin, so führte der Vorsitzende aus, keinen Glauben beigegeben, und einen Irrtum, daß die Angeklagte ihr den Schlips verkauft habe, nicht für ausgeschlossen gehalten, zumal da sie erst ganz bestimmt behauptet hatte, von ihrem Bruder keinen Auftrag erhalten zu haben, und später die Auftragsverteilung zugeben mußte.

### Vereine und Versammlungen.

Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Leipzig-Ost am 8. Februar im Thüringer Hof in Volksmarsdorf. Folgende Tagesordnung beschäftigte die Anwesenden: 1. Das Vereins- und Versammlungsrecht in Theorie und Praxis; 2. Wie betreiben wir am zweckmäßigsten Propaganda; 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten; 4. Fragekasten. Das Referat zum 1. Punkt hatte Genosse Heinrich Lange bereitwilligst übernommen. Er meinte: Wenn ein Kulturhistoriker sich über die Verhältnisse einer vergangenen Zeitperiode orientieren will, so bieten ihm die Handbuche dazu einmal die Kunst und dann auch die Gesetze. Im letzteren drückt sich der Geist der Zeit klar aus, sei es nun, daß es sich um welche Gesetze handelt, die Bewunderung erregen, oder um thörichte, die wir beschämen. Der Zeitgeist aber ist der Herren eigener Geist, sagt Goethe. Nach weiteren historischen Ausführungen geht Redner auf die Werte aller bestehenden, das sächsische Vereinsgesetz, ein. Nach verschiedenen interessanten Schilderungen weist er nach, was für einen „bedeutenden“ Auf daselbe erlangt, so daß selbst bei einer Anzahl bürgerlicher Zeitungen es nur unter „sächsisches“ eine eigenartige Rolle spielt. Auch ist im Reichstage sehr oft von ihm gesprochen worden. Redner weist weiter nach, welche verschiedenen Wandlungen das Gesetz unterzogen worden ist; kommt zum Jahre 1849, auf die nach der Ermordung Rob. Blums vorgenommenen Wahlen, bei denen zufolge der damaligen Stimmung die demokratische Partei in fast allen Kreisen siegte. Nur ein Rehtel der Stimmen besand sich auf liberaler Seite und die Reaktion, genannt konservativ, blieb auf der Strecke. Das aus diesen Wahlen hervorgegangene Parlament arbeitete zwei prächtige Vorlagen aus, die eine betr. die Erhöhung der Einkommensteuern und die andere betr. Vermehrung des Militärs. Hierdurch war dem deutschen System Vorschub geleistet worden, das mit der Zeit zur Auflösung der zwei Ständekammern und zur Abankung von vier Ministern trieb.

Die hierauf entstandene Kammermehrheit verweigerte das Vereinsgesetz, das endlich unter den traurigsten Umständen in seiner heutigen Form zu Stande kam, von Herrn Reuß aber dafür um so stärker angezogen wurde und zwar besonders gegenüber den Turn- und ähnlichen Vereinen, die damals sehr gefährlicher Art gewesen sein müssen. Heute ist das allerdings anders geworden, da diese Vereine unter Höheher Steuererschaft in sehr zahlreichem Maße wasser ruben und nur noch die Arbeiterpartei, das Proletariat, in sehr fühlbarer Weise mit den Wirkungen des Vereinsgesetzes beklagt wird, dessen eigenartige Anwendung sehr oft zum Monieren Veranlassung giebt. So weist Redner nach, daß der kaufmännische sowie der Verein zur Bekämpfung der Konsumvereine ungenügend in Verbindung treten können. Ebenso wird nachgewiesen, daß die evangelischen Arbeitervereine sich zu einem Bund verschloßen und unter anderem auch zur Reichstagswahl Stellung genommen haben; während darin jedoch keine Politik erblickt werde, sei gegen den Berg- und Hüttenarbeiterverband mit Auflösung eingeschritten worden, weil derselbe über seine soziale Lage verhandelt habe. Als weiteres Beispiel wird angeführt, wie dem Vorsitzenden des evangelischen Arbeitervereins, Herrn Pastor Hans v. Seydewitz, dem Bruder des sächsischen Ministers, von genanntem Vereine, der wohnen Sozialdemokraten den Boden abgraben solle, Grüße für eine hochgestellte Person aufgetragen werden. Der Redner, der mit einer vorzüglichen Schilderung des Proletariats schloß, erntete für seinen Vortrag den lebhaftesten Beifall.

Zum 2. Punkt giebt Genosse Fromm in 1/2stündigen Ausführungen prächtige Erfahrungen und Vorschläge zum besten, die eine lebhafteste Debatte hervorriefen und zu folgenden Anträgen führten: 1. Das Agitationskomitee zu erneuern, Propaganda mit billigen gemeinverständlichen Parteilichschriften zu entsalten. 2. Zur Agitation das von Genossin Zeilin herausgegebene Buch zu verlangen. Beides wird einstimmig angenommen.

Nachdem endlich der 3. Punkt vom Vorsitzenden in eingehender Weise behandelt worden war, wird die Abrechnung vom Weihnachtsgewinn bekannt gegeben. Danach wurden vereinnahmt 236.20 Mark, ausgegeben 145.10 Mk., es verbleiben somit 91.10 Mk. Die Regelung der Märzsteuer bleibt, wie schon beschloßen, in Händen des Vereins, der dafür ein sehr geeignetes Lokal in Aussicht genommen hat. 4. Punkt: Fragekasten wird zu allgemeiner Zufriedenheit erledigt und die Gründung einer Sängerkabine durch

Majoritätsbeschuß abgelehnt. Hierauf erfolgte um 12 Uhr Schluß der sehr gut besuchten Versammlung.

Liebertwolkwitz. Der hiesige Arbeiterverein hielt vergangene Sonntag den 30. Januar seine jährliche Generalversammlung ab, mit der Tagesordnung: 1. Jahres- und Vereinsberichtsbericht; 2. Kassenbericht; 3. Bericht der Obmänner der Abteilungen; 4. Wahl des Gesamtvorstandes und der Revisoren; 5. Festsetzung der Monatsbeiträge und Gehalt der Sängerkabine; 6. Anträge; 7. Vereinsmitteilungen. Der Vorsitzende machte den anwesenden Mitgliedern die Mitteilung, daß der Arbeiterverein im vergangenen Jahre 16 Versammlungen abgehalten hat. Drei Versammlungen sind ausgefallen. Vorträge und Vorlesungen haben je sechs stattgefunden. Die Mitgliederzahl des Vereins betrug bei Beginn des Vereinsjahres 109 und am Ende des Jahres 112. Verschiedene Mitglieder mußten nach § 13 des Statuts ausgeschlossen werden. Vereinsgewinnen haben vier stattgefunden. Unter Vereinsberichtsbericht gab der stellvertretende Vorsitzende bekannt, welche Mitglieder und wieviel mal sie die Versammlungen besucht haben. Nach dem Berichte des Kassierers wurde diesem auf Antrag des Revisors Decharge erteilt, da alles in bester Ordnung gefunden worden war. Hierauf erfolgte von den Obmännern der Abteilungen Bericht über die Thätigkeit der Sängerkabine und Naturheilkabine. Die für den Gesamtvorstand und als Revisoren vorgeschlagenen nahmen sämtlich die auf sie gefallene Wahl dankend an. Bezüglich der Höhe der Monatsbeiträge und des Gehalts der Sängerkabine ist es bei dem vorjährigen Beschuß geblieben. Bei Punkt 6 der Tagesordnung verliest der Vorsitzende einen Antrag, betr. die beschriebene Uebervachung. Der Vorstand des Vereins wurde beauftragt, in dieser Richtung die nötigen Schritte zu thun. Als Zusatzantrag zu § 9 des Statuts wurde beschloßen, die Versammlungen des Vereins wie folgt stattfinden zu lassen. Vom 1. Januar bis Ende April an jedem Sonntag vor dem 1. und an jedem Sonntag vor dem 15. des Monats. Vom 1. Mai bis 31. August an jedem Sonntag vor dem 1., also monatlich nur einmal. Vom 1. September bis 31. Dezember an jedem Sonntag vor dem 1. und an jedem Sonntag vor dem 15. Alle Versammlungen finden abends 8 Uhr statt. Unter Vereinsmitteilungen machte der Vorsitzende auf einen für Mitte Februar geplanten ungewungenen Familienabend aufmerksam. Nach Beantwortung verschiedener an den Vorsitzenden gerichteten Anfragen wurde die gut besuchte Versammlung alsdann geschlossen.

### Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 8. Februar. Im 7. Reichstagswahlkreis (Meißen-Niesau-Groschenbain), der bis jetzt durch den Rittergutsbesitzer Sachse-Werschwitz vertreten war, will die antisemitische Reformpartei diesem den Gutsbesitzer und Ortsrichter Gustav Gabel aus Kleszig b. Warbach (Amtshauptmannschaft Meißen) als Kandidaten gegenüberstellen. Da letzterer seiner Zeit agitatorisch für die Wahl des Herrn Sachse, dessen Sprachbildungen im Reichstage bekanntlich immer eine gewisse Heiterkeit erregten, aufgetreten ist, so darf man auf die Vorlesche der beiden ehemaligen Verbündeten einigermassen gespannt sein. Für Herrn Sachse will übrigens ein in Priestewitz aus Konservativen, Wincklern und Handwerkern gebildetes Komitee eintreten.

Für den bisher von dem Freisinnigen Herzog vertretenen 2. sächs. Reichstagswahlkreis soll von „ordnungsparteilicher“ Seite ein Konservativer als Kandidat aufgestellt werden. Freiglad ist dabei nur, ob die Antisemiten ebenso von der Tüchtigkeit desselben überzeugt sein werden, wie der Vorstand des Bernstädter Konservativen Wahlvereins, und die von letzterem angekündigte Kandidatur unterstützen werden.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Ein Personenwagen entgleite auf der Linie Rerfeld-Schafstädt und lief eine Zeitlang unbemerkt derart außerhalb des Gleises weiter, daß die eisernen Schienenquerstellen bis auf eine Strecke von 700 Metern erheblich beschädigt wurden und der darauffolgende Personenzug die betreffende Stelle nur mit größter Vorsicht passieren konnte. — Desgleichen entgleite bei Mehrstede der Frühzug, der 6 Uhr 45 Minuten in Mühlhausen eintreffen sollte, und bei Solpe der vormalig 9 Uhr 30 Min. in Gardelegen fällige Schnellzug Nr. 17. Verletzungen von Personen sind glücklicherweise bei keinem der Fälle zu verzeichnen gewesen. — Zwischen Wermisdorf und Mühlhausen entgleite am Sonnabend den 5. ds. Mts. früh 6 1/2 Uhr insolge Bruches der rechten Trageseder an der Vorderachse die Maschine des um 6 Uhr von Wermisdorf abgehenden Personenzuges. Personen sind glücklicherweise nicht verletzt worden und auch weitere Materialschäden nicht vorgekommen, jedoch mußten die ersten auf der betreffenden Strecke verkehrenden Frühzüge ausfallen. — Aus Falkenstein wird von mehreren Erdstößen berichtet, die nach vorausgegangenem starken Wetterleuchten am letzten Mittwoch abend, im oberen Vogtlande verspürt wurden.

### Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Döschau, 8. Febr. Am Sonntag fand hier eine öffentliche Versammlung der Heizer und Maschinisten statt, worin ein Herr Nölke aus Niesau über die Notwendigkeit eines Vereins der Heizer und Maschinisten referierte. Den Vortrag bildete die Vorlesung der Statuten. Daraus ging hervor, daß der zu gründende Verein ein Zweigverein des Verbandes der Heizer und Maschinisten für Sachsen (Sitz Chemnitz) werden sollte. Dieser Verband will zwar die Lage seiner Mitglieder heben, aber dabei das gute Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nicht stören. Der Beitrag beträgt monatlich 25 Pf. Sternberg zahlt der Verband für männliche 50 bis 150 Mk., für weibliche Mitglieder bis 100 Mk. Nach der Vorlesung des Statuts gestattete der Referent den anwesenden Heizern und Maschinisten, sich über das Statut resp. über die Gründung eines Vereins auszusprechen. Als dann unfererseits ein Genosse die Statuten kritisierte und den Anwesenden empfahl, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande, der ernthaft bestrebt sei, die Lage seiner Mitglieder zu heben, anzuschließen, ersuchte der überwachende Beamte den Redner, doch diese Leute nicht in ihrer Arbeit zu stören. Kurz darauf sagte der Vorsitzende: „Jetzt wird nicht mehr geredet!“ und erteilte niemandem das Wort mehr. Daraufhin verließen unsere Genossen das Lokal und so lagte denn die Versammlung mit den sichengeblichenen 9 Mann weiter.

### Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 9. Februar.

Ein verdächtiges Lob. An die Mitteilung des vom Verband der deutschen Buchdrucker veröffentlichten Massenaustrusses knüpft der polizistische Mitarbeiter der Leipziger Zeitung folgende Betrachtungen:

Diese Ziffern sind ein neuer Beleg dafür, zu wach enormen Erfolgen es die Organisation des Verbandes deutscher Buchdrucker geblieben, der bekanntlich seinen Sitz in Berlin hat, gebracht hat, und zwar das gerade in einhelligen Zusammengehen mit der Organisation der Arbeitgeber, mit denen sie die achtunggebende Institution der Tarifgemeinschaft ins Leben gerufen haben. Wir wollen dies ausdrücklich anerkannt haben, wenn wir auch die politischen Tendenzen des Verbandes mißbilligen müssen, die übrigens unter der unsichtigen, für die Tarifgemeinschaft ebenfalls eintretenden,

Leitung des Verbandes hinter den wirtschaftlichen Zielen des Verbands mehr und mehr im Hintergrunde versinken.

Die Verbandsbuchdrucker können stolz sein. Jeder weiterer Kommentar ist überflüssig.

Im Aufsichtsrat der Kammerweberei zu Leipzig wurde auf Antrag des Vorstandes beschlossen, der Generalversammlung nach reichlichen Abschreibungen die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. vorzuschlagen.

Gegen die Fesselung von Redakteuren bei Verhütung von Preisvergehen hat der Verein Leipziger Presse an das sächsische Justizministerium eine Eingabe zu richten beschlossen.

Der Verband der Leipziger Hausbesitzervereine beauftragte seinen Vorstand, darauf zu achten, daß keine kommunalen Mittel für die Bestrebungen zur Errichtung von Arbeiterwohnungen seitens der Baugesellschaften verwendet werden.

Der Friedensschluß im Baugewerbe kann als definitiv betrachtet werden. Eine Versammlung der Bauarbeitgeber hat gestern das bekannte Abkommen ebenfalls genehmigt.

Ein Verein der Naturärzte und Naturheilkundigen für Leipzig und Umgebung ist kürzlich hier ins Leben getreten.

Die ersten Wagenklassen, deren mögliche Beseitigung für die sächsischen Bahnen längst in Anregung gebracht wurde, sollen ab 1. Mai unter anderem aus folgenden Linien in Wegfall kommen.

Ein Mörder gesucht. Die Staatsanwaltschaft in Heidelberg giebt bekannt: Heute nacht wurde in Heidelberg die Dirne Katharina Gubler aus Schlierbach durch Erdrosseln am Burgwege beim Alten Schlosse ermordet.

Vermisst wird der am 9. Juli 1869 in Mügeln bei Dschah geborene Hädermeister Karl Emil Langrock, der sich am 30. Januar d. J. mit etwa 600 Mark barem Gelde aus seiner Wohnung: Gohlis, Braunstraße 56, entfernt hat.

Ein diebischer Weinliebhaber wurde dieser Tage in einem 36jährigen Feinschmecker aus Halle von der hiesigen Kriminalpolizei ausfindig gemacht.

Ein jahnenflüchtiger Soldat. Der Soldat Herr. V o c t aus Taucha hat sich am 6. Februar von seiner Compagnie des Infanterieregiments Nr. 179 entfernt.

Gemeinde-Zeitung.

Aus den Ratssitzungen. Dem Wunsche der Stadtverordneten, die Stadtverwaltungspläne billiger als für 8 Mk. pro Stück an Privatinteressenten abzugeben, wird entsprochen.

Ein Besuch der Gemeinde Stütz um Einverleibung in Stadtbezirk wird an die Deputation ad hoc verwiesen.

Mehrkosten, welche dadurch entstehen, daß infolge des elektrischen Straßenbahnverkehrs die Schienen in den betreffenden Straßen nachts geräumt werden müssen, von den Gesellschaften der elektrischen Straßenbahnen eingezogen werden sollen.

Aus unserem Leserkreis.

„Ein gewisser Fürst, der gewöhnlich aus Vorliebe, Grille, Günst oder auf Empfehlung eines Begünstigten seine Staatsbeamten anstellt, antwortete bei jeder Erinnerung, die ihm einer seiner nächsten Verwandten machte: der Mann habe nicht die Fähigkeiten und Kenntnisse zu diesem Plaz: — „Was er nicht weiß, wird er unter mir lernen.“ Er hätte immer hinzusetzen können: Ich bezahle ja das Lehrgeld nicht.“

Der Sophist und sein Meister.

Der Viehhändler Gedalje Veigelstock in Schrimm läßt seinen Sohn in Berlin studieren. In den Ferien kommt der Sohn nach Hause.

Veranstaltungskalender.

Mittwoch: Grabrede und Gedenkfeier. Gedener Ring, Nikolaistraße. Abends halb 9 Uhr.

Ankunfts-Bureau für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen. „Stadt Hannover“, Seeburgstraße.

Ankunft in Rechtsfragen.

XI. Wenn die Eltern ohne Ihr Vorwissen und gegen Ihren Willen das Kind geholt haben, sind sie nicht berechtigt, Bleibgeld zu verlangen.

Briefkasten der Redaktion.

B. 2. Die Tierquälereien im Fuchsgewerbe sind gewiß eine bedauerliche Erscheinung. Die Schuld daran tragen aber sicherlich weit mehr die Fuchszüchter als die Arbeiter im Fuchsgewerbe.

Theaterveranstaltungen.

Mittwoch den 9. Februar: 39. Abends. „Vorstellung“ (S. Seite, weiß). Unter vier Augen.

Baumann, Diener. Lotte, Kammermädchen. Hiermit: Die Tochter des Regiments. Komische Oper in 2 Akten.

Viltes Theater. Mittwoch den 9. Februar: 18. vollständige Vorstellung zu halben Preisen. Des Meeres und der Liebe Wellen.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten. Donnerstag: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Röhre mit Büttelfleisch.

Bericht über die Leipziger Produkten-Börse. Dienstag den 8. Februar 1896. (Mitgeteilt von Gebrüder Glass.)

Table with 3 columns: Product (Weizen, Roggen, Gerste, etc.), Unit (per 1000 kg netto), and Price (in Br.).

Die Mühlen und Mehlhändler von Leipzig und Umgeg. notieren: Weizenmehl Nr. 00 28.00-28.50 Roggenmehl Nr. 0 22.00-22.50

Filialen der Leipziger Volkszeitung.

- Leipzig: Frau M. Veier, Albertstraße 12, p. B. Röber, Markthallenstraße 12, p.